



# zoon politikon

wintersemester 2000

Geboren wurde **Linton Kwesi Johnson** 1952 in Clarendon County, Jamaica. Als seine Mutter mit ihm nach England auswanderte, war er elf Jahre alt. Dort wuchs er im Stadtteil Brixton, in Süd-London auf. Später studierte er Soziologie an der University of London und nahm anschließend Jobs bei einer Schneiderei und im öffentlichen Dienst an.

Durch Beiträge für die Zeitschriften *Melody Maker* und *Black Echoes* machte er sich einen Namen als einer der tiefsten Kenner der Reggae-Szene und sorgte als kompetenter Journalist mit für den theoretischen Hintergrund einer auch in weißen Musikkreisen immer größer werdenden Begeisterung für Reggae.

Immer verstand Linton sich in erster Linie als politischer Aktivist. Im *Race Today Collective* in Brixton und in der *Black Panther Organisation* leistete er durch Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit konkreten politischen Widerstand gegen den allgegenwärtigen Rassismus, der den Einwanderern, die als billige Arbeitskräfte nach dem zweiten Weltkrieg ins Land geholt wurden, entgegenschlug. Vor diesem Hintergrund ist seine Dichtung zu lesen – als Beitrag zum Kampf gegen Benachteiligung und Unterdrückung der schwarzen Minderheit. Diese Gedanken verarbeitete er auch in seinen musikalischen Produktionen, das Genre ist mit *Reggae/Dub-Poetry* nur unzureichend beschrieben, und brachte sie damit einem noch breiteren Publikum nahe. Mittlerweile ist Johnson promovierter Soziologe und steht als Vorbild für viele, die ihn wegen seiner politischen Konsequenz und künstlerischen Qualität schätzen.



#### Zur Sprache:

Bewußt weist Linton Kwesi Johnson im Großteil seiner Gedichte das Standard English zurück, welches in seiner Heimat Jamaica wie in seinem britischen Umfeld nach wie vor als Vehikel sozialer und rassistischer Wertungen eingesetzt wird; die Probleme und Anliegen der Farbigen in England werden direkt in der Sprache der Betroffenen, im jamaicanischen *patois*, formuliert.

Der jamaicanische Dialekt wird in der Sprachwissenschaft als Kreolsprache, eine Mischsprache, die sich in Kontakt zweier Sprachgruppen bildet, bezeichnet. Solche Sprachformen entstanden in den meisten Kolonialstaaten: gewöhnlich wurde dabei das Vokabular der europäischen Sprachkomponente fast vollständig übernommen, in Aussprache und Syntax aber der einheimischen Sprache angepaßt. Das *patois* ist eine der zugänglichsten Kreolsprachen; nur wenige Elemente der afrikanischen Basissprache *Twi* sind noch direkt nachweisbar, und sein voller, musikalischer Klang beruht vor allem auf einer systematischen Wandlung der Vokale im englischen Wort. Die in diesem Heft abgedruckten Gedichte von Linton Kwesi Johnson und die Informationen zu Person und Sprache sind dem Buch *Dread Beat and Blood* (Buchverlag Schwinn, Neustadt, 1987) entnommen.

## Song of blood

I trod de day  
all de way  
an ride de nite  
clutchin site  
movin sway  
searchin lite . . .

There's a glow on the hill, way over yonder  
there's the blast of the guns down below

I screw de sun  
jus fe fun  
hue de moon blue  
spiritually true  
mystically spun  
perpetually new . . .

there are robbers in the gullies, on the streets  
there are wicked men sitting in the seats of judgement

I check de stars  
all de scars  
dat wound an heal  
de dread I feel  
de dread I star  
de dark I seal . . .

there's a sign in the flash that slashes the nite  
there's the sound of the drums poundin blood gushin down

I hurt de pain  
again an again  
hole de sting  
an mek it sing  
an mek it pain  
an mek it ring . . .

there are sufferers with guns movin breeze through the trees  
there are people waging war in the heat and hunger of the  
streets.

---

# Inhalt

Editorial	5
Interview mit Moritz Neumann	6
Nazis von heute	8
Der Inder aus Bangladesh	12
Der späte Triumph des Ernst Nolte	14
Interview mit Philipp Benz	16
Bleiberechtsregelung für Bürgerkriegsflüchtlinge	18
Linton Kwesi Johnson – Gedichte	
Song of blood	3
Two sides of silence	21
Yout Rebels	27
Rage	46
Nomeansno	22
Filmfest in Weiterstadt	28
Rezensionen	30
Bemerkungen zur neoliberalen Weltbeglückung	35
Uni-Streik in Mexico	36
Einführung von Studiengebühren in Österreich	39
Die Ökonomie der Bildung	41
Eine Textcollage über das SPK	42

# Impressum

Die *zoon politikon* wird herausgegeben von einem Redaktionskollektiv, welches den ASten der Darmstädter Hochschulen nahesteht. Beiträge von Studierenden sind erwünscht, die Redaktion behält sich jedoch Kürzungen vor. Ferner finden Texte mit sexistischen, rassistischen und faschistischen Inhalten keine Aufnahme. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Kollektivs wieder.

Verantwortlich: Resi Mago

Mitarbeiter: D. Schüttler (Layout & Satz), F. Keller, J. Schwenk, M. Enderlein, G. Weidenhaus

Anschrift: c/o AStA der Technischen Universität Darmstadt

Hochschulstraße 1

Druck: Druckwerkstatt

64289 Darmstadt

Auflage: 5000

e-mail: [zoon\\_politikon@gmx.net](mailto:zoon_politikon@gmx.net)

# Editorial

Die Anständigen haben sich offenbar wieder hingezogen. Jedenfalls ist von der Diskussion über den Rechtsradikalismus nicht mehr viel zu vernehmen. Die Ernsthaftigkeit des „Aufstands“ war von Anfang an zu bezweifeln, fiel doch der sogenannten demokratischen Mitte kaum mehr ein, als den Neonazis in Ost und West mit seichten Worten und Debatten über Zuwanderungsbeschränkungen, „Leitkultur“ usw. das Wasser abzugraben. Wenn in Deutschland über gesellschaftliche Probleme geredet wird, kann man sicher sein, daß die Mordtaten der „Skinheadbuben“ (Martin Walser) und der verbreitete Rassismus allenfalls für kurze Zeit im Vordergrund stehen. Danach wird, wie gehabt, das eigentliche Problem als „Dramatisierung durch die Medien“ verharmlost und wieder über Belastungsgrenzen „der Deutschen“ schwadroniert. Mittlerweile wird in ausländischen Reiseführern zu besonderer Achtsamkeit während eines Deutschlandbesuchs gemahnt: „... wenn Sie unverkennbar Ausländer sind, sollten sie nachts Nahverkehrszüge meiden“ (FR, 9.10.00).

Der große Intellektuelle des Reggae, Linton Kwesi Johnson, spielte am 30.11. dieses Jahres in der Darmstädter Centralstation. All jene, die den Auftritt verfolgen konnten, werden ihn so schnell nicht vergessen: eindringliche Texte über das Aufbegehren der unterdrückten Schwarzen gepaart mit anspruchsvollen Kompositionen gruben sich tief ins Gehirn. Denen, die nicht beim Konzert waren, soll Johnson aber nicht vorenthalten werden. Deshalb lassen wir ihn in diesem Heft mit mehreren Gedichten zu Wort kommen. Sich auf die anfangs schwierige Sprache einzulassen, verspricht, über die subtile bis radikale Darstellung politischer Ansichten mit literarischen Mitteln den, wie oben gezeigt, noch immer notwendigen Kampf gegen Rassismus aus verschiedenen Perspektiven sehen und verstehen zu können.

Zuletzt noch ein Wort in eigener Sache: Mit dieser Ausgabe feiern wir ein kleines Jubiläum, welches zu gering ist, um darüber auszuschweifen, das aber dennoch nicht unbeachtet verstreichen soll. Deshalb an dieser Stelle ein Dank an alle bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere an Reinhard. Auch die Studierendenvertretungen der Darmstädter Hochschulen schließen wir wie gewohnt ins Nachtgebet ein.



*kleiner schwarzer Block – randständiger Aufstand*

# Einig im Ressentiment

*Interview mit  
Moritz Neumann,  
Vorsitzender  
des Landesverbandes  
der Jüdischen  
Gemeinden in  
Hessen*



*Herr Neumann, in einer der letzten Darmstädter Stadtverordnetenversammlungen kam es zu einer heftigen Debatte mit der CDU und speziell mit Gerhard O. Pfeffermann. Anlaß war Ihr Besuch in der Brecht-Schule und Ihre Äußerung bezüglich der deutschen Justiz im Nachkriegsdeutschland. Was genau haben Sie gesagt?*

Ich habe in der Schulveranstaltung nicht ausschließlich von der deutschen Justiz des Nachkriegsdeutschland gesprochen, sondern von der Justiz im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Dabei habe ich gesagt, daß die deutsche Justiz traditionell Sehstörungen auf dem rechten Auge hat. Wenn man die Erfahrungen der Weimarer Zeit einbringt, denke ich, daß meine Formulierung noch sehr zurückhaltend gewählt war. Es ist ein historisches Faktum, daß die Justiz, gerade in der Weimarer Republik, sehr unterschiedlich gegen rechts und links vorgegangen ist. Jeder der es wissen will, kann dies nachlesen. Was die Rolle der Justiz in der Nachkriegszeit angeht: da gilt das ganz genauso, auch da hat sie sich alles andere als mit Ruhm bekleckert. Dies ist nicht verwunderlich, da die Justiz der Nach-Nazizeit mit Leuten aufgebaut wurde, die auch vorher schon in ihr beschäftigt waren oder in der Zeit des Nationalsozialismus studiert haben und also von dessen krudem Gedankengut infiziert waren.

*Für Ihre Aussage haben Sie sehr starke Kritik erfahren. Wie haben Sie diese wahrgenommen?*

In der Bert-Brecht-Schule war ich eingeladen als Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, in der dringlichen Anfrage der CDU aber wurde meine Funktion als ehrenamtlicher Stadtrat ins Visier genommen. Die Kontroverse zwischen dem CDU-Stadtverordneten Pfeffermann und mir war geprägt davon, daß ich ihm das Recht abgesprochen habe, sich als mein Zensor aufzuführen. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß es ihn absolut nichts angeht, wann und vor welchem Kreis ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinden spreche. Ich werde auch in Zukunft darauf verzichten, mir spezielle Genehmigungen von Herrn Pfeffermann oder wem auch immer einzuholen. Aber einige müssen offensichtlich noch lernen, mit den Äußerungsmöglichkeiten in einer Demokratie umzugehen. Es ist dann aber ein Ton in die Debatte gekommen, den ich sehr bedauere. Auf der einen Seite sind Herrn Pfeffermann – nicht von mir, denn ich bin mit solchen Äußerungen sehr vorsichtig – antisemitische Tendenzen vorgeworfen worden. Auf der anderen Seite hat er mir, in einer Art vauseilender Verteidigung, unterstellt, ich wolle ihm Antisemitismus nachsagen. Daß diese Empfindungen und Unterstellungen im Zusammenhang mit meiner Positionsbeschreibung überhaupt in diese Richtung abgedriftet sind, zeigt doch letztlich nur, wie dünn das Eis noch ist. Politiker sprechen gerne von der erreichten Normalität zwischen Juden und Nicht-Juden in Deutschland. Ein solches Beispiel zeigt allerdings sehr beredt, daß wir von derlei Wunschvorstellungen noch ein ganzes Stück entfernt sind.

*Glauben sie denn, daß es „Normalität“ überhaupt einmal geben kann?*

Das ist eine Frage der Zeit. Ich bin mir sicher, daß es Normalität – Was ist das überhaupt? Was ist denn im Umgang mit Juden die Norm? dass es also auch

in Deutschland irgendwann einmal Normalität wie etwa in den USA geben wird, wo es immerhin möglich ist, daß ein Jude als Vizepräsident kandidiert. Trotzdem gibt es auch in den USA Antisemitismus, weil es ihn überall gibt. Er ist, und das wissen wir nicht erst seit Jean Paul Sartre, eine Kompensation und funktioniert auch gänzlich ohne Juden. So wie es religiöse Vorbehalte beispielsweise auch gegenüber dem Islam gibt, und Fremdenfeindlichkeit auch in anderen Ländern. Damit will ich freilich nicht relativieren, was in Deutschland passiert – denn alle anderen Länder unterscheiden sich von Deutschland in einem gewichtigen Punkt: der Geschichte und ihrer Hypothek. Deutschland kann, ob es vielen gefällt oder nicht, ob es sie quält und ärgert, diese Geschichte nicht ungeschehen machen. Man kann sich dazu nur bekennen, um daraus zu lernen und zu sagen, wenn das Teil meiner Geschichte ist, so habe ich die Verantwortung, daß sich dieser Teil nie wiederholen möge.

*Der Lernprozeß findet augenscheinlich nicht statt: Antisemitismus tritt immer offener zutage, beispielsweise stellt Adolf Diamant in seinem Buch über die massenhaften Schändungen jüdischer Friedhöfe eine Zunahme der Übergriffe in den letzten Jahren fest.*

Wenn ich zynisch wäre, würde ich sagen: Früher hat man uns die Synagogen angezündet, heute schändet man nur noch unsere Friedhöfe. Die Schändungen jüdischer Friedhöfe haben seit 1945 nie aufgehört. In Hessen haben wir pro Jahr etwa zehn bis zwölf hinzunehmen, die Ermittlungen verlaufen oft im Sande. Jeder von uns, der eine Funktion in einer jüdischen Gemeinde hat und damit in der Öffentlichkeit steht, bekommt Schmutz-, Droh- und Beleidigungsbriefe. Früher waren diese anonym, heute steht in den meisten Fällen ein Absender darauf. Ich habe es bisher unterlassen, zu recherchieren, ob diese echt oder fin-

giert sind. Es würde mich aber nicht wundern, wenn es diese wirklich gäbe. Das ist ein Qualitätsunterschied. Es ist offensichtlich so, daß ein gewisser Bodensatz an Antisemitismus zu jeder Gesellschaft gehört. Wenn man sich das 80 Millionen-Volk der Deutschen anschaut, dann gibt es inzwischen aber die Befürchtung, daß hier ein antisemitischer Anteil vorhanden ist, der über diesen bloßen Bodensatz hinausgeht. Jüngste soziologische Studien sprechen von 20% der Bevölkerung, die mit Juden nichts zu tun haben wollen und sich selbst als mindestens latent antisemitisch bezeichnen. Befragungen junger Menschen in den neuen Bundesländern ergaben sogar einen noch höheren Anteil.

*Was bringen vor diesem Hintergrund Verbote von rechtsradikalen Parteien, etwa der NPD?*

Ich kenne die Argumente für und wider - bei Abwägung aller Argumente meine ich persönlich, daß ein Verbot richtig wäre. Natürlich werden dann neue Organisationen gebildet, das Gedankengut verschwindet nicht. Jedoch kann die vorhandene Infrastruktur erst einmal zerschlagen und die Partei dadurch in ihren schändlichen und schädlichen Aktionen behindert werden. Was mich sorgt, ist der Umstand, daß heute die Rassisten und Antisemiten nicht mehr nur die einfältigen Brutalos sind, sondern daß es eine Art von Salon-Antisemitismus gibt. Mit einem Gläschen Sekt in der Hand einen lockeren Spruch gegen Juden aufsagen – das fällt schon gar nicht mehr richtig auf. So etwas ist heute längst nicht mehr tabuisiert. Nehmen Sie als Beispiel die „Junge Freiheit“: Bei dieser Zeitschrift wird Antisemitismus intellektuell verkleidet und kosmetisch kaschiert, so dass es auf den ersten Blick schwerer fällt, die Inhalte zu entdecken, die wir sonst aus der „Nationalzeitung“ kennen, die so einfältig und plump ist, daß man darüber eigentlich nicht mehr zu reden brauchte, die aber

trotzdem seit Jahrzehnten existiert. Auch über deren Verbot wurde oft diskutiert. Ich war lange genug Journalist, um zu wissen, daß man mit Verboten von Publikationen in einer freiheitlichen Gesellschaft aus gutem Grund sehr zurückhaltend sein muß. Auch da sollte uns die Geschichte Warnung und Mahnung sein. Wenn aber permanent zum Rassenhaß aufgestachelt und Volksverhetzung betrieben wird, dann hat eine Zeitung das Recht verwirkt, die freie Meinungsäußerung für sich in Anspruch zu nehmen.

*Rechtsradikale Schläger und Schreiber fühlen sich immer wieder aufs neue legitimiert; denken wir nur an die Unterschriftenkampagne der CDU, die von vielen als gegen „die Ausländer“ gerichtet verstanden wurde, oder an viele Aussagen aus den „Parteien der Mitte“.*

Natürlich bin ich empört, wenn der bayrische Ministerpräsident das schlimme Wort von der „durchrassten Gesellschaft“ benutzen darf, ohne daß viele Tausend Menschen aufstehen und sagen, wir wollen so etwas nicht hören. Dergleichen gilt für die Unterscheidung von „nützlichen und unnützen Ausländern“. Aber seien Sie ehrlich, die Zahl derer, die bei solchen Begriffen zustimmen, ist größer als die jener, die sich darüber empören. Durch manche Reaktionen auf die unselige Doppelpaß-Unterschriftenkampagne der CDU im hessischen Wahlkampf ist doch deutlich genug geworden, was beim Wahlvolk als ausländerfeindliche Parole ankommt.

*Sollten nicht diese Ressentiments vermittelt werden?*

Das steht zu befürchten. Solche Aktionen, die dann ausgerechnet auch noch von demokratischen Parteien kommen, sind aber weniger Indiz für einen sich ausbreitenden Rechtsradikalismus, als vielmehr für einen vorherrschenden Rassismus. Dazu passt es dann auch, daß beim nachfolgenden Wahlkampf in NRW eine so perfide Parole wie „Kinder statt Inder“ salonfähig gemacht wurde. Die Tatsache allein, daß verantwortungsbewußte Politiker sich nicht schämen und nicht wahrhaben wollen, was sie mit einer solchen rassistischen Vereinfachung heraufbeschwören, gibt mir zu denken. Lassen sie mich noch einen Satz anfügen: Es wird nicht besser davon, daß es ein sozialdemokratischer Innenminister war, von dem wir das Wort „Das Boot ist voll“ lesen mußten. Bislang waren solche Äußerungen Angehörigen anderer Parteien vorbehalten. Vielleicht können sie sich an Minister Spranger von der CSU erinnern? Daß aber nun ausgerechnet Schily in diese Kerbe schlägt, halte ich persönlich für sehr bedauerlich.

*Der Wissenschaftler Assmann sagte unlängst, daß die Juden einen Umgang mit dem Holocaust gefunden hätten und er den Deutschen eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit wünsche.*

Es stimmt wohl, wenn man sagt, daß Juden für sich einen eigenen Umgang mit dem historischen Faktum des Holocaust gefunden haben. Für viele andere liegen diese Ereignisse 55 Jahre zurück und deshalb wollen sie auch nichts mehr damit zu tun haben. Viele Menschen wollen ja nicht einmal mehr vom Spenden-skandal der CDU hören – und der ist ja nun wirklich erst ein paar Monate alt. Wir sehen also, wie schnell man einer Sache überdrüssig werden kann, wenn man dies will. Bei Juden ist das, wenn es um den Holocaust geht, anders. Schon deshalb, weil Sie keine Familie finden werden, die nicht unter dem Nationalsozialismus gelitten und Familienangehörige verloren hat. Ich will Ihnen das an meinem Beispiel sagen: Wie sollte ich jemals auf die Idee kommen, den Holocaust und die Beschäftigung damit abzuhaken, wenn ich mir vergegenwärtige, daß ich 90 Prozent meiner Angehörigen nicht habe kennenlernen können, weil sie von den Nazis umgebracht wurden? Menschen meines Alters haben in aller Regel zu Hause Fotoalben mit Bildern ihrer Verwandten von früher. Ich aber habe nur die Erinnerung an die Erzählungen meiner Eltern, aus denen ich mir meine eigenen Bilder machen muß. Und natürlich ist deswegen dieser Verlust sehr viel gegenwärtiger und nicht nur reduziert auf Gedenktage. Außerdem haben wir in den jüdischen Gemeinden noch Überlebende des Holocaust und indem wir sie sehen, sie unter uns erleben, ist auch die Erinnerung an ihr Leiden wach – und damit auch die Geschichte. In Israel und den USA ist es gelungen, durch die Erinnerungszentren Yad Vashem, Holocaust-Center und Wiesenthal-Center eine Art der didaktischen Vermittlung zu schaffen, die klug angefaßt ist und wirkungsvoll abläuft. Es erstaunt mich immer wieder, warum in Deutschland etwas ähnliches so schwer zu realisieren ist. Wenn ich nur an die Peinlichkeit der zehn Jahre langen Diskussion über das Holocaust-Denkmal in Berlin denke...

Hierzulande ist das alles schwerfälliger, was natürlich damit zu tun hat, daß die Beschäftigung mit dem schwierigen Thema in Deutschland aus der Perspektive der Täter geschehen muß. In Israel und den USA ist es die Perspektive der Opfer. Nur soll niemand glauben, dass die Opfer oder ihre Nachkommen an dieser geistigen und emotionalen Schwerarbeit der Erinnerung ihren Spaß hätten. Dennoch ist die Zeit auch hier mehr als reif, um eine aufrichtige Erinnerung zu beginnen, die nicht bei jeder Gelegenheit von Relativierung oder teilweiser Verdrängung begleitet wird. Ich denke, Ihre Generation könnte jetzt nachholen, was Väter und Großväter versäumt haben.

Mit Moritz Neumann sprachen Günter Mergel und Michael Enderlein.

# Nazis von heute

Von Helmut Dahmer

I

Ein Vergleich der Parolen der „Skinheads“, der faschistischen Organisationen und der rechten Parteien von heute (NPD, DVU, „Republikaner“) mit denen ihrer Vorgänger aus den zwanziger und dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zeigt, daß im Zentrum der „Weltanschauung“ derer, die sich heute selbst als „Nazis“ bezeichnen, noch immer der Nationalismus und seine Kehrseite – die Xenophobie – stehen. Dem „Deutschtum“, der Rettung der deutschen Nation vor ihren vermeintlichen Feinden gilt die ganze politische Leidenschaft der Schlägertruppen aus der jungen Generation und der Parteifunktionäre aus der älteren. Da die Sowjetunion nicht mehr existiert und die Arbeiterbewegung in ihrer heutigen Gestalt weder für den Kapitalismus, noch für seine potentiellen faschistischen Verteidiger eine Gefahr darstellt, ist die antisozialistische Rhetorik bei den heutigen Rechten unterbetont. Gleiches gilt für ihre anti-kapitalistische Rhetorik. Das alte faschistische Programm reduziert sich damit auf die eine Leidenschaft, die die Pogromhelden und Fememörder zu ihren Untaten trieb, die in den SA-Männern wütete, die in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu Saalschlachten und Straßenkämpfen ausrückten oder dann 1933, nach der „Machtergreifung“, in ihren privaten Folterkellern mit Linken und Juden „abrechneten“. Dieser („ethnozentristische“) Furor gilt vor allem der Reinigung der deutschen (Herrenmenschen) Nation von allen Fremden und Schwachen. Er wird ausgelebt in der Jagd auf inländische Ausländer, auf Andersfarbige, Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose, Homosexuelle und Behinderte. Die Droge Nationalismus macht süchtig wie alle anderen. Und da die Säuberer mit der Säuberung der Nation (und der Welt) nie an ein Ende kommen können, weckt jede ihrer Menschenjagden die Lust auf eine nächste. In zweiter Instanz gilt die destruktive Leidenschaft der heutigen Nazis den Menschen und Institutionen, die sie bei der Menschenjagd behindern: zum einen den „undeutschen“ Linken und den Intellektuellen, die für die (den Nazis) mißliebigen Gruppen eintreten, zum andern den „fremden“ Institutionen: den (französischen) Menschenrechten und dem (angloamerika-

nischen) Staat, der sie verteidigen soll, der parlamentarischen Republik. Die Nazis von heute erinnern am ehesten an ihre Vorgänger aus den ersten Jahren der Weimarer Republik. Sie suchen noch nach ihrem „Führer“, einem wortgewaltigen „kleinen großen Mann“, der ihnen verspricht, daß sie sich an allen Fremden und Schwachen schadlos halten dürfen, wenn sie ihm nur „folgen“, ihm ihre Stimmen und Fäuste leihen. Sie bilden noch keine „Bewegung“, und sie sind noch kaum bewaffnet. Aber sie würden gern bald einmal den Marsch auf eine „Feldherrnhalle“ proben, zum Beispiel durchs Brandenburger Tor und zum Reichstag. Sie rekrutieren sich aus dem Sechstel der Bevölkerung, das aus seiner antisemitischen xenophoben Haltung in allen Umfragen nach 1945 kein Hehl gemacht hat. Aus dieser gährenden, „zerstreuten Masse“ (Günther Anders) der Abergläubisch-Unzufriedenen schießen die Menschenjagden und Brandanschläge als Protuberanzen hervor.

II

Die nach Vertreibung, Deportation und Flucht in Ostdeutschland verbliebene Bevölkerung war vor dem (wie die westdeutsche) zwölf Jahre lang faschistisch indoktriniert worden. Der Antifaschismus wurde ihr von der (sowjetischen) Besatzungsmacht, dann von deren Protégé, der SED, verordnet. Die Mitverantwortung der profaschistischen Mehrheit für Krieg und Holocaust wurde in SBZ und DDR nicht thematisiert. In der autoritären Mentalität dieser Mehrheit fand auch die SED-Diktatur eine Stütze. Weder der rasch niedergeschlagene Juni-Aufstand von 1953, noch der Sieg der gegen die marode Diktatur der SED und ihres Staatssicherheitsdienstes aufbegehrenden Demonstranten im Herbst 1989 haben die autoritären Dispositionen der Mehrheit nachhaltig erschüttert. Die ältere wie die junge Generation in den „neuen Ländern“ hat die Erosion des traditionellen deutschen Autoritarismus, zu der es in den letzten Jahrzehnten in der alten Bundesrepublik gekommen ist, nachzuholen. Dafür sind freilich die gegenwärtigen Verhältnisse nicht eben günstig. Die Menschen im „Westen“ befanden sich nach 1945 infolge der Be-

setzung durch die Armeen der alten imperialistischen Demokratien und infolge des „Wirtschaftswunders“ in einer vergleichsweise privilegierten Situation. Die wiederhergestellte parlamentarische Demokratie vermochte sich zu behaupten, und in den sechziger Jahren gelang der Studenten- und Schüler-Protestbewegung der „antiautoritäre“ Bruch mit den „Werten“ und dem Lebensstil der älteren Generation, die noch vom Kaiserreich und vom Faschismus geprägt war.

Die von den Stalinisten in der Sowjetunion terroristisch durchgesetzte Modernisierung und das daraus erwachsene System einer bürokratisch gesteuerten Plan- und Mangelwirtschaft war von ihren Ideologen auf den Namen „real existierender Sozialismus“ getauft worden. Das nach dem zweiten Weltkrieg auf die Satellitenstaaten der UdSSR, das heißt auch auf die DDR, übertragene Wirtschaftssystem – dessen Markenzeichen der chronische Mangel an Konsumgütern und die Allmacht der Geheimpolizei (die den „Archipel GULag“ überdauerte) waren – vermochte freilich die in den höchstentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften erreichte Arbeitsproduktivität weder „einzuholen“, noch zu „überholen“. Nach dem Scheitern aller nach Stalins Tod versuchten bürokratischen Wirtschaftsreformen setzten die letzten Reformer schließlich die Rückkehr zum Kapitalismus auf die Tagesordnung (und machten das von ihnen bis dahin nur kontrollierte Staatseigentum zu ihrem privaten). Seither ist jedwede antikapitalistische Politik zumindest für die Dauer einer Generation – nämlich derjenigen, die den Kollaps der bürokratischen Planwirtschaft miterlebt hat – diskreditiert. Schon in der Spätzeit der DDR orientierten sich darum oppositionelle Jugendliche nicht mehr an irgendeiner „linken“, sondern an der faschistischen Tradition. Für die alten Nazis waren nicht nur Luxemburg und Trotzki, sondern auch Stalin, die GPU und die Sowjetarmee Agenten einer gegen das „arische“ Deutschland gerichteten „jüdischen Weltverschwörung“. So sahen es dann auch die neuen Nazis, die es mit Honecker und Mielke zu tun hatten. „Rechten“ Jugendprotest, „Skinheads“ oder „Neonazis“ gab es darum in der DDR schon in den achtziger Jahren; sie sind kein Produkt der „Wende“. Bertolt Brecht erschien der „Kommunismus“ vor Jahrzehnten noch als das „Einfache“, das „schwer zu machen ist“.

Den Heutigen erscheint eine nichtkapitalistische Wirtschaft als etwas, das weder zu „machen“, noch wünschbar ist. Nach dem Untergang von UdSSR und DDR gibt es keine Alternative zur kapitalistischen Weltwirtschaft mehr, – weder auf Kuba, noch in Nordkorea, noch im Reich der Mitte. Die Unzufriedenen und Desorientierten aus der jüngeren Generation, die sich vom ruinösen Fortschritt des Kapitalismus nichts erhoffen und die es zu Taten drängt, orientieren sich darum lieber an der verpönten und verdrängten faschistischen Tradition. Dort finden sie ein Einfaches, das leicht zu machen ist: Jeder umgestürzte Grabstein auf einem jüdischen Friedhof, je-

der Brandsatz, der gegen ein Asylantenheim geschleudert wird, jeder verprügelte Ausländer ist in ihren Augen ein kleiner Sieg für die deutsche Nation, die es ethnisch zu homogenisieren gilt. Ethnische Zugehörigkeit ist eine Frage des Bluts – und des Blutvergießens.

### III

Die Opfer-Bilanzen des letzten Jahrzehnts, die nach dem Düsseldorfer Attentat vom 27.7.2000 veröffentlicht worden sind, treiben einem die Schamröte ins Gesicht.

Durch das Düsseldorfer Handgranaten- (oder „Rohrbomben“-) Attentat, das sich gegen eine Gruppe von russisch-jüdischen „Ausländern“ richtete, wurden auch Berufspolitiker, Presse und Öffentlichkeit neuerlich auf die „Gewalt von rechts“



Fassade eines Hauses in Abtsmünd (Quelle: Konkret)

aufmerksam. In einem Artikel mit dem Titel „Mehr als dreißig Tote in zehn Jahren“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.8.2000, S. 2) hieß es: „Die Statistik des Bundeskriminalamts verzeichnet erstmals 1991 einen rapiden Anstieg rechtsextremer Gewalttaten, wozu Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brandstiftungen, Sprengstoff-Anschläge zählten. Damals, 1991, wuchs diese Zahl auf 849, sie lag damit fünfmal so hoch wie 1990, im Jahr der Deutschen Einheit. 1992 erreichte die Zahl der rechtsextremistischen

Gewalttaten einen Höchststand von 1500 ermittelten Fällen, Mitte der neunziger Jahre sank die Zahl wieder unter die Tausender-Marke. 1999 waren es knapp 750. „Zu rechtsextremistischen Straftaten zählen neben den Gewalttaten auch Sachbeschädigungen und Fälle von Volksverhetzung, vor allem aber Propaganda-Delikte. Die Gesamtzahl“ (dieser Straftaten) „bewegt sich schon seit 1997 wieder auf dem Höchstniveau, das zunächst 1993 erreicht worden war. Damals verzeichnete die Statistik insgesamt rund 10 500 Fälle. Mitte der neunziger Jahre waren es rund 3000 Fälle weniger; im Jahr 1997“ gab es dann „jedoch 11 700 Fälle“, und „im vergangenen Jahr wurden rund 10 000 Fälle registriert.“

In einem weiteren FAZ-Artikel („Biedenkopf fordert ‚Gesetz zum Schutz der Bürgerfreiheit‘, 17.8.2000, S. 1) wurden Zahlen zu antisemitisch motivierten Straftaten mitgeteilt: „Das Bundeskriminalamt hat im zweiten Quartal 2000 insgesamt 157 antisemitisch motivierte Straftaten registriert. Wie aus einer am Mittwoch in Berlin veröffentlichten Regierungsantwort auf eine Parlamentsanfrage der PDS hervorgeht, waren das 47 Fälle mehr als im selben Vorjahreszeitraum. Dabei habe es sich unter anderem um zwei Körperverletzungen, eine Brandstiftung, elf Fälle von Störung der Totenruhe, zehn Sachbeschädigungen und 133 sonstige Straftaten gehandelt.“

In einer von den Zeitungen Frankfurter Rundschau und Der Tagesspiegel erstellten Dokumentation wurden – im Unterschied zur „offiziellen“ Statistik – an die hundert Mordopfer rechtsextremistischer Gewalttäter namentlich aufgeführt: „Sie starben, weil sie anders aussahen, anders dachten, anders lebten. Eine Bilanz rechtsextremistischer Gewalt im Deutschland der vergangenen zehn Jahre“ (Frankfurter Rundschau, 14.9.2000, S. 7-9).

**W**er als Demokrat, Sozialist oder „Alternativer“ jetzt nichts tut, um dem Jagen und Erschlagen und Verbrennen von Fremden und Schwachen ein Ende zu machen, also die Menschenrechts-Garantien für jedermann in der Bundesrepublik wiederherzustellen, der diskreditiert sich und seine Sache für alle Zeit.

Was ist zu tun? Wir müssen die Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe und ihres Status potentielle Opfer der rechten Gewalttäter sind, schützen. Wie? Indem wir, wo immer das nötig ist, gefährdete Personen, Wohngemeinschaften, Versammlungsstätten unter zivilen, unter unseren Schutz stellen. Indem wir – über das zahlenmäßig beschränkte Personal der alternativen Gruppen hinaus – an die deutsche Wohnbevölkerung appellieren, den Terror der rechten Menschenjäger bei sich nicht zu dulden, Ausländerschutz-Komitees oder Bündnisse zur Verteidigung der Angegriffenen zu organisieren, Asylantenheime, türkische Läden, Synagogen und Moscheen zu adoptieren, Tag- und Nachtwachen zu stellen, Telefonketten zu bilden.

Den (mit Schlagringen, Springerstiefeln und Baseball-Schlägern) „bewaffneten“ Skinheads können wir nur Widerstand leisten, indem wir viele unbewaffnete Menschen, die einander abwechseln, zum Schutz der (potentiellen) Opfer aufbieten.

Nur wenn wir einen solchen zivilen Widerstand organisieren, werden auch Exekutive und Judikative tun, was ihres Amtes ist. Nur wenn „normale“ deutsche Bürger und Honoratioren Front gegen die „Skinheads“ machen, wird „der Staat“ seine repressive Toleranz aufgeben, den Personen- und Objektschutz für Nicht-Privilegierte und Diskriminierte organisieren und faschistische Organisationen und Parteien verbieten. Nur wenn Hunderte und Tausende von Menschen aus dem Umland die von den Rechten okkupierten und von ihnen als „Befreite Zonen“ bezeichneten Straßen in kleinen und mittleren Städten der „neuen Länder“ friedlich „zurückerobern“, wird sich auch „der Staat“ auf sein Gewaltmonopol besinnen und wird der Innenminister den Bundesgrenzschutz zur Wiederherstellung der „Hoheit“ in den (einstweilen von „Fremden“ und für deutsche Nationalisten) „befreiten Zonen“ einsetzen.

Die alte Linke hat sich in ihren besseren Tagen geweigert, den bürgerlichen Staat gegen ihre Gegner um Hilfe zu bitten. Sie war überzeugt, die „Arbeiterklasse“ werde rechtzeitig das Schlimmste verhüten. Doch konnte die Arbeiterbewegung des vorigen Jahrhunderts weder die beiden Weltkriege, noch den Holocaust verhindern; ihre Geschichte war eine Geschichte von Niederlagen. Zur „Arbeiterklasse“, also zu den abhängig Beschäftigten, gehören in Ländern vom Typus der Bundesrepublik neun von zehn Menschen. „Bürger“-Komitees sind darum, soziologisch betrachtet, Arbeitnehmer- oder eben Arbeiter-Komitees. Wenn man uns nach dem Leben trachtet, rufen wir nach der Polizei. Wenn die Polizei nicht kommt (oder nichts tut), müssen wir fliehen oder unsere Selbstverteidigung organisieren. Die „Bürgerkomitees gegen Gewalt“ werden Exekutive und Judikative nötigen, gegen die rechten Schläger und ihre Organisationen so vorzugehen wie einst gegen die Angehörigen der „Roten Armee Fraktion“.

Sobald es der Minderheit, die sich mit den Pogromen und Menschenjagen, die seit den neunziger Jahren zum Alltag des wiedervereinigten Deutschland gehören, nicht abfinden kann, gelingt, ein paar Hunderttausend Mitbürger ihrer Apathie zu entreißen und zu gewaltfreien Aktionen gegen die rechten Schlägergruppen zu motivieren, ist die neonazistische Umsturzbewegung, die sich in den letzten Jahren unter unseren Augen herausgebildet hat, am Ende. Die erfolgreiche zivile Verteidigung der „Fremden“ und Schwachen in der Bundesrepublik würde uns und der „Welt“ beweisen, daß die Deutschen von heute mehr tun können, als Mahnmale für die Ermordeten der dreißiger und vierziger Jahre errichten, daß sie aus der Geschichte der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“ wirklich etwas gelernt haben.

# Der Inder aus Bangladesh

Von Jochen Schwenk

„Ich habe immer gedacht, hier in Darmstadt gibt es die Probleme nicht“, äußerte Kamruzzaman Khan in einem Artikel des Darmstädter Echos (12.09.00), nachdem er einige Tage zuvor von Rechtsradikalen angegriffen und zusammengeschlagen wurde. Damit spricht er aus, was viele DarmstädterInnen so empfunden haben. Bei genauerer Betrachtung allerdings wirkt der Übergriff wenig überraschend.

Polizeibeamte werden in o.g. Zeitung wie folgt zitiert: „Auch ihr Aussehen habe keine rechtsradikale Gesinnung angedeutet: Sie trugen weder Glatzen noch entsprechende Kleidung.“ An diesen Worten läßt sich ein Problem erkennen, was aufgrund des verkürzten Rechtsradikalismusbegriffs, wie er im Zuge der Sommerlochdebatte zum Thema verwandt wurde, entstand. Wo keine Glatzen mit Stiefeln marschieren, da gibt es auch keinen Rechtsradikalismus! Wie sehr die Medien auf solche Klischees ausgerichtet sind, zeigt die folgende Verharmlosung: „Der Inder,

„Ich bin nicht bereit, Fragen so polemischen Inhalts durch meine Antwort auch noch aufzunorden.“ \*  
(Manfred Kanther, CDU)

der (...) von vermutlich Rechtsradikalen angegriffen wurde“ (DE, 11.09.00). Die erschrockene Öffentlichkeit verschließt ihre Augen

und will weiter mit der Illusion vom leicht zu identifizierenden Naziskinhead leben. Doch Rechtsradikalismus beginnt nicht erst beim Ausländer jagenden Mob, der sich im Szeneoutfit präsentiert.

Die rechte Gewalt, der fortwährend diskutierte „alltägliche Rassismus“ hat seine Wurzeln in der Kontinuität alter Nazistrukturen, beginnt in den Köpfen und wird im Umgang mit Menschen manifest. So wird der Geschlagene durch die Darmstädter Polizei zum „Inder“, obwohl er, wie später eingeräumt wurde, ursprünglich aus Bangladesh kommt. Nicht zu vergessen ist, dass Khan schon seit 1984 hier lebt und arbeitet. Formulierung

gen wie „Ein in Darmstadt lebender Inder...“ (DE 08.09.00) klingen deshalb sonderlich, suggerieren sie doch, dass der Betroffene nach 16 Jahren Arbeitsleben in Deutschland noch immer fremd ist. Weder Polizei noch Lokalmedien scheinen sich daran zu stören. Auf diese Weise werden immer wieder Menschen pauschal in Schubladen gesteckt, als gäbe es zwischen den sogenannten Ausländern keine Unterschiede. Paranoid wird, als Gegensatz zur „deutschen Leitkultur“, überall Fremdes und Andersartiges erkannt und über einen Kamm geschoren. Die Frage nach der „nicht-deutschen Abstammung“ einer Person ist noch immer entscheidendes Kriterium. Scheinheilig wundert man sich dann, wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Religion, oder ihres Geburtsorts ermordet werden!

Der Überfall auf Khan läßt sich nur nicht auf eine Tat betrunkenen Jugendlicher reduzieren. Mißlingt die Zuordnung zu bestimmten Stereotypen, versucht man sich mit der Aussage zu rechtfertigen, die Täter seien äußerlich nicht als rassistische Schläger erkennbar gewesen. Was hilft es, wenn das Stadtparlament, allen voran Oberbürgermeister Benz (SPD), dem Bündnis gegen Rechts beitrifft und zur „erhöhten Wachsamkeit unserer Stadt gegenüber der rechten braunen Gefahr“ (DE, 11.09.00) gemahnt, wenn eben jener Oberbürgermeister zu einem anderen Anlass, wider besseres Wissen, die bekannte Nazi-dichterin Margarethe Dierks zu einem Vortrag einlädt. Eine antifaschistische Mahnwache übrigens, mit der gegen diese Einladung protestiert werden sollte, ließ die Stadt Darmstadt verbieten. Das Schlagwort vom „Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft“ bekommt so in Darmstadt eine ganz neue Bedeutung. Dazu trugen unlängst auch die Grünen bei: Der ehemalige grüne Stadtverordnete Bernhardt machte

„Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus und zwar schnell!“  
(Gerhard Schröder, SPD)

\* Der frühere hessische CDU-Chef und Innenminister auf die Frage, ob er sich für den heimlichen Transfer der CDU-Millionen in die Schweiz beim früheren Ministerpräsidenten Walter Wallmann entschuldigen wolle. Dem „Großen Wörterbuch der Deutschen Sprache“ zufolge ist der Begriff „Aufnorden“ der Rassentheorie der Nationalsozialisten entlehnt. Nach ihr war die „nordische Rasse“ die wertvollste. „Aufnorden“ meint also: etwas durch Zusätze veredeln oder aufwerten. (dpa/Darmstädter Echo)

durch rassistische Bemerkungen im Anschluss an eine Stadtverordnetenversammlung von sich Reden. Er brachte nach der Abstimmung über den Beitritt zum Bündnis gegen Rechts, bei der er sich als einziger enthielt, sein Unverständnis über das „gesteigerte Selbstwertgefühl der Ausländer“ zum Ausdruck. Daraufhin von seiner Partei zum Rücktritt gedrängt, beteuerte er, dass er doch nur „zur differenzierten Auseinandersetzung beitragen wollte“.

Nach der „Demo gegen Rechts“ des Stadt-schülerInnenrates wirkte der Angriff auf Khan besonders erschütternd. Dort wurde noch eindrucksvoll gezeigt, wie viele Menschen bereit sind, gegen Rassismus und rechte Gewalt auf der Straße zu gehen. Von Zivilcourage und dem Mut zum Handeln war da die Rede. Eine Straßentheatergruppe, die parallel zur Veranstaltung rassistische Überfälle simulierte, berichtete am Ende der Demo vom couragierten Eingreifen vieler Bürgerinnen und Bürger. Das sollte sich einige Tage später bewähren, indem Passanten schnell reagierten und Khan halfen. Dennoch scheinen Rechte und Rechtsradikale immer wieder „positive“ Rückmeldungen seitens der Gesellschaft zu erhalten, so dass sie sich in ihrer Sichtweise, in ihrem Auftreten und Handeln bestätigt fühlen. Als Beispiel sei hier an die Aussagen eines Herrn Clemens Reif, CDU-Abgeordneter im hessischen Landtag, erinnert. Dieser hatte während einer Diskussion im Landtag (nach eigenen Aussagen) dem Grünen-Fraktionsvorsitzenden Tarek Al-Wazir zugehört: „Ein Student aus Sanaa“. Andere Anwesende meinten jedoch „Geh zurück nach Sanaa“ vernommen zu haben. Was der CDU-Abgeordnete nun genau gesagt hatte, bleibt sich gleich.

Offensichtlich kann die Herkunft eines Menschen zum Schimpfwort werden und scheint zur Disqualifizierung eines politischen Gegners geeignet. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang die

„Viele Ausländer halten sich lieber in deutschen Strafanstalten auf als in ihrem Heimatland in Freiheit.“  
(Junge Union, Bayern)

„Wir müssen die Homogenität des deutschen Volkes wiederherstellen.“  
(Edmund Stoiber, CSU)

und sogar Wahlen zu gewinnen. Die Kampagne hat deutlich gemacht, wie tief verwurzelt die rassistischen Vorurteile sind und wie leicht sie sich mobilisieren lassen. Es verwundert nicht, dass „Schwarzgeld-Koch“ meint, in der Debatte um den Rechts-extremismus zur Raison rufen zu müssen: das Problem sei schließlich gar nicht so groß! Da bleibt an den Christdemokraten nur eine Frage: „Was siehst Du aber den Splitter in deines Bruders Auge und nimmst nicht wahr den Balken in deinem Auge?“ (Matthäus 7,3).

Auch die Darmstädter CDU verortet die Gefahren ganz woanders: Sie fühlt sich belastet, ob der ach so schlimmen Zustände auf dem Luisenplatz, den sie in der Hand von Pennern, Ausländern und Drogensüchtigen wähnt. Die Lösung lautet „Dreck weg“, was mit „eisernem Besen“ bewerkstelligt werden soll. So klingt es, wenn die christliche Union von Menschen spricht. Zwar wurden auf massive Kritik hin die dreistesten Anspielungen aus dem Kommunalwahlprogramm gestrichen, das rechte Klientel versteht dennoch genau, wer und was gemeint ist.

Trotz populistischer Zusagen gibt es keine wirkliche Bereitschaft, sich mit den Themen Rechtsradikalismus und Rassismus ernsthaft auseinanderzusetzen. Weiterhin wird es deshalb rechten Schlägern möglich sein, ihren Terror zu verbreiten. So lange durch öffentliche Institutionen antifaschistische Arbeit und Initiativen behindert werden, erweist sich das ganze Gerede als Makulatur. Wirkliches Interesse an der Bekämpfung von Rassismus, rechter Gewalt und Ideologie besteht nicht. Alle Verwunderung und Betroffenheit der bürgerlichen Öffentlichkeit entlarvt sich somit als Heuchelei.

„Wir sind so voll, wir können nicht einmal einer afrikanischen Ameise Asyl gewähren.“ (Horst Niggemeyer, SPD)

# Der späte Triumph des Ernst Nolte

Von Michael Enderlein

Daß Ernst Nolte, rechter Wortführer im Historikerstreit, im Jahr 2000 noch einmal für Schlagzeilen sorgt, mag verwundern. In der Geschichtswissenschaft schien er ebenso abgemeldet wie bei der FAZ, deren Haus- und Hofschreiber er lange Zeit war; auch sein 75. Geburtstag 1998 ging eher unbeachtet vorüber. Im Sommer dieses Jahres dann verlieh ihm die rechts-konservative Deutschland-Stiftung den Konrad-Adenauer-Preis, mit dem sie „Taten und Menschen“ ehren will, die „zu einer besseren Zukunft beitragen“. Und dazu gehört nunmal eine saubere Vergangenheit, die Nolte sich immer wieder zu schreiben anschickte. Frühere Preisträger waren übrigens Axel Springer, Alfred Dregger, Helmut Kohl oder Armin Mohler, ein Hinweis darauf, daß die Stiftung sich bewußt als Scharnier zwischen konservativ und rechts (-extrem) empfindet.

Die Liste der Ehrenpräsidenten ist hierfür weiterer Anhaltspunkt. Neben Konservativen, wie dem Ministerpräsidenten Thüringens, Vogel, und Rupert Scholz, ehemals Bundesverteidigungsminister, firmiert der rechtsextreme Publizist Kurt Ziesel unter diesem Titel. Ziesel, der laut einem Urteil des Landgerichts München als „notorischer Nationalsozialist“ bezeichnet werden darf, wird von der Süddeutschen Zeitung gar als „langjähriger geistiger Mentor der Deutschland-Stiftung“ genannt.

**D**och kommen wir zurück zur Preisverleihung: Als Laudator fungierte der Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, dessen Haus bisher (trotz einiger Attacken gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht“ und wenig erhellender Aussagen über den Hitler-Attentäter Johann Georg Elser) in der Historikerkunft einen seriösen Ruf genoß. In einer gemeinsamen Erklärung des AStA der Uni München, der Grünen, der PDS sowie mehrerer So-

zialdemokraten wurde Möller aufgefordert, sich nicht zum „Steigbügelhalter revisionistischer Geschichtsinterpretation“ zu machen. Zwar beeilte er sich zu betonen, er rede als Privatperson, dennoch blieb bei Kollegen und Öffentlichkeit ein schaler Beigeschmack zurück, da explizit die Zeitgeschichte Thema war.

## Zu Noltes Positionen

Anfangs noch verhalten, wie in seinem Buch „Der Faschismus in seiner Epoche“ (1963), später immer dezidiierter, vor allem in seiner Rede von der „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ (FAZ, 6.6.1986), welche Anlaß war für den Historikerstreit und von anderen Historikern und dem Philosophen Habermas zerpflückt wurde, und in der darauffolgenden Schrift „Der europäische Bürgerkrieg 1917 – 1945“ (1987), breitete Nolte seine These vom Nationalsozialismus als Gegenbewegung zum Bolschewismus aus. In seiner Diktion war der „Rassenmord“ der Nazis die Antwort auf den „Klassenmord“ der Bolschewiki, der „Archipel GULag“ damit „ursprünglicher“ als Auschwitz. Nolte fragte: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische‘ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten?“ (Die „asiatische Tat“ steht als Synonym für Massenmord und soll im Gegensatz zu europäischen Maßstäben verstanden werden.)

Sich selbst antwortend, konstatiert Nolte einen „kausalen Nexus“, einen ursächlichen Zusammenhang, zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus. Ersterer stelle „Schreckbild“, Herausforderung und Ursprung, letzterer Antwort und Kopie dar. Der „rote Terror“ sei zwar bald vom faschistischen abgelöst worden, doch es seien die bolschewistischen Methoden gewesen, die übernommen und abgewandelt wurden.

Um die Judenvernichtung zu erklären, verknüpft Nolte das Judentum mit dem Bolschewismus: es seien „auffallend viele Juden, die sich indessen nicht mehr als Juden betrachteten, an der russischen Revolution beteiligt“ gewesen. Daraus entsteht die These, daß der nazistische Vernichtungswille einen rationalen Kern, nämlich die notwendige Verteidigung gegen die Gefahr aus dem bolschewistischen Osten, gehabt habe. Nolte entwirft das Schreckgespenst von der „ewigen Linken“ und erinnert damit, insbesondere vor dem Hintergrund der o.g. Verknüpfung, fatal an die Hetze gegen den „ewigen Juden“.

Die verbrecherische Motivation Hitlers könne, so eine weitere These, nur durch die vorherrschende Empfindung „Angst“ erklärt werden; Angst vor dem Anderen, vor den Juden, vor Krankheit, Aufruhr und Angst vor dem Bolschewismus. Die Millionen Täter und Mitläufer in Deutschland werden nicht einfach, wie oft geschehen, als Verführte gezeigt, sondern waren ebenso von der Furcht getrieben. Ob Hitler im klinischen Sinne krank gewesen sei, bleibt offen. Dagegen wird die „Konsequenz“ des Diktators sowie der SS hervorgehoben, was an Jennings Rede vom „Faszinosum Nationalsozialismus“ denken läßt.

Noltes Vorgehensweise, die „phänomenologische Methode“, meint bei ihm, sich einzufühlen in den Gegenstand, „den Faschismus und Nationalsozialismus zu Wort kommen zu lassen ohne voreilige Kritik“. Es gleicht an manchen Stellen einer Werbeveranstaltung, wenn er sagt, daß der Historiker „auch die schlimmsten unmoralischen Akte so weit wie irgend möglich verstehbar und unter Umständen sogar verständlich zu machen“ habe. Hitlers „Empfindungen und Befürchtungen“ sieht er als so „verständlich“ an, daß er zum Urteil kommt, sie seien „bis zu einem bestimmten Punkte gar gerechtfertigt“.

Da die gesamte Geschichte des 20. Jahrhunderts in Noltes Lesart „Weltbürgerkrieg“ ist, komme „dem Nationalsozialismus zumindest insoweit ein gewisses historisches Recht zu, als er sich dem umfassenden Anspruch der Sowjetunion mit großer, wenn auch mit vermutlich weit überschüssender Energie widersetze“. Immer wieder tauchen rechtsextreme Argumentationslinien auf, so sei z.B. der Vernichtungskrieg im Osten „in einem noch näher zu bestimmenden Sinne ein Verteidigungskrieg“ gewesen.

Neben dem Quellenmaterial behandelt Nolte die diversen Interpretationsansätze und erweckt so den Anschein der Vorurteilsfreiheit gegenüber Forschungsergebnissen. Auf den ersten Blick lobenswert, ist dies bei näherem Hinsehen mitnichten ausgewogen. Ausführlich referiert er rechtsradikale Thesen und plumpe revisionistische Machwerke. Durch bloße Deskription werden Auschwitz leugnende Schriften, z.B. solche des mehrfach verurteilten und

mit Einreiseverbot in die BRD belegten Neonazis David Irving sowie das sog. Leuchter-Gutachten, immer wieder in wissenschaftliche Diskussionen eingebracht und damit aufgewertet. Nolte vertritt jene Positionen nicht, die Wiedergabe allerdings ist Wasser auf die Mühlen all derer, die, sich auf eine „wissenschaftliche“ Quelle berufend, davon sprechen, man wisse nichts genaues über den Massenmord. Anstatt den Holocaust offen zu leugnen, wird behauptet, er sei nicht bewiesen. Mithin verschiebt sich das gesamte Argumentationsfeld nach rechts.

Nolte verwendet häufig Konditional-Konstruktionen; damit kann er Meinungen in die Debatte einfließen lassen, ohne sie auch vertreten zu müssen: „Wenn ‚Vermehrung der soldatischsten Naturen im Volk‘ ein legitimes oberstes Ziel ist, dann muß man zugeben, daß die SS mit ihrer ‚positiven Bevölkerungspolitik‘ den einzigen ernsthaften Versuch darstellte, eine Entwicklung zu verhindern, die heute übermächtig erscheint“. Häufig werden auch Behauptungen im Nachsatz relativiert, z.B.: Hitler hatte „historisch unrecht [...], obwohl er in einigen wesentlichen Punkten richtig sah.“

Die Angst vor Wiederholungen, einem neuen Hitler, ist für ihn töricht und gegenstandslos, somit seien „volkspädagogische Besorgnisse überflüssig“. Wie stark derartige Bekundungen nicht nur nach rechtsaußen, sondern auch in die Mitte der Gesellschaft wirken, kann man an Walsers gefeierter Paulskirchenrede (Stichwort „Moralkeule Auschwitz“) oder an diversen „Schlußstrich“-Debatten ablesen.

Was also mag Horst Möller beflügelt haben, als er in seiner Laudatio pathetisch abhob: „Ernst Nolte ist der einzige Geschichtsphilosoph unter den deutschen Historikern und der einzige Historiker unter den deutschen Geschichtsphilosophen.“ Nur wenig Kritik brachte er vor, viel lieber schwadronierte er von „den gewollten Mißverständnissen“, auf die Noltes Werk in der Vergangenheit gestoßen sei.

In den Worten der Deutschland-Stiftung, wonach das Werk Noltes „das eingleisige Geschichtsd Denken im zwanzigsten Jahrhundert überwand und damit nicht nur der deutschen Geschichtsforschung und Geschichtsdeutung eine neue Freiheit erkämpfte“, manifestiert sich der Wille, endlich zur „selbstbewußten Nation“ zurückzufinden. Daß dafür die Vergangenheit und insbesondere der Nationalsozialismus relativiert und historisiert werden müssen, haben sie längst erkannt. Nolte war nur der Vorreiter; indem man ihm, wengleich mit Abstrichen, folgt, wie etwa in der Diskussion um das „Schwarzbuch des Kommunismus“ oder mit Möllers Publikation „Der rote Holocaust und die Deutschen“, bereitet man ihm einen späten Triumph.

## Geschichte, ein Nebenfach

*Interview mit Philipp Benz, Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen*



*Seit Jahrzehnten versuchen Sie, an Darmstädter Schulen Aufklärungsarbeit über die Zeit des Nationalsozialismus zu leisten. Welche Erfahrungen machen Sie bei diesen Vorträgen, welche Reaktionen bekommen Sie von den SchülerInnen?*

Meist werde ich von Klassen eingeladen, die ein Projekt zur Zeit des Faschismus in Arbeit haben. Die Erwartungshaltung und das Interesse sind meist sehr groß, leider muß ich aber feststellen, daß viele Schüler und Schülerinnen mit den historischen Zusammenhängen überfordert sind. Aber genau auf diese Zusammenhänge kommt es mir an. Man kann zum Beispiel die Entstehung des sogenannten „Dritten Reichs“ nicht ohne die Vorgänge in der Weimarer Republik verstehen. Hier klaffen aber große Lücken – auch bei den Lehrern. Das Fach Geschichte wird immer mehr zum Nebenfach degradiert. Oft wird der Eindruck vermittelt, die Geschichte habe erst 1945 angefangen.

An den Fragen, die mir gestellt werden, messe ich den Erfolg meiner Bemühungen. Die jüngeren Schüler wollen wissen, wie es im Gefängnis und im KZ war, ob ich mißhandelt wurde u.ä. Über solche Dinge rede ich da aber nicht gern. Der Aufenthalt im KZ ist eine Sache, die persönlich bewältigt werden muß. Nur von den älteren Schülern kommen manchmal Fragen nach den politischen Verhältnissen.

*Sie beklagen das lückenhafte Geschichtswissen. Müßte*

*die Debatte über den Rechtsradikalismus nicht auch als Anlaß dienen, das Augenmerk auf die Vermittlung historischer Kenntnisse zu richten?*

Das sollte man meinen. Es wird schließlich aufgerufen, die Aufklärung in den Schulen zu intensivieren. Das kann nicht passieren, wenn Zeitzeugen einmalig zwei Stunden vor einer Schulklasse sprechen. Da gehört mehr dazu.

Außerdem befürchte ich, daß die Debatte von vorübergehender Aktualität ist. Zwar finden sich Politiker und Prominente zusammen, auch werden hin und wieder noch Erklärungen verabschiedet, jedoch ohne tragfähige Basis wird es keine Erfolge geben. Diese tragfähige Basis vermisste ich z.B. bei den Gewerkschaften.

Der Anstoß für die Rechtsradikalismus-Debatte kam ja von seiten der Wirtschaft. Der Industrie geht es lediglich darum, keine Absatzmöglichkeiten im Ausland zu verlieren. Alles was hier passiert, geschieht im Interesse des Marktes und der Globalisierung und da befürchtet man Einbußen. Entscheidend ist das Ansehen im Ausland, da kann man sich keinen „Standortnachteil“ Rechtsradikalismus leisten.

*Im Zentrum der Diskussion steht die Forderung nach dem Verbot der NPD. Was halten Sie von einem solchen Schritt?*

Ich bin entschieden für ein Verbot der NPD. Prinzipiell gehören Parteien, die zu Rassenhaß und Demokratiefeindlichkeit aufrufen, aus dem politischen Leben gedrängt. Dadurch werden deren Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkt, allein weil ein großer Teil der finanziellen Mittel fehlt. Ich verstehe die Bedenken nicht, daß dann im Untergrund oder in Nachfolgeorganisationen agiert werden könnte.

Wozu gibt es denn Polizei und Verfassungsschutz, wenn sie verbotene Strukturen nicht kontrollieren können? Hier ist Handlungsbereitschaft auch gegen rechts gefragt und nicht gegen Linke, die faschistische Aufmärsche nicht hinnehmen wollen.

*Vor einiger Zeit fand in Darmstadt eine SchülerInnen-Demonstration gegen rechts mit etwa 2000 TeilnehmerInnen statt. Ist der Antifaschismus hierzulande stark genug, um weitere Nazi-Übergriffe zu verhindern oder sind solche Aktionen allenfalls von symbolischem Wert?*

Grundsätzlich ist es richtig, massiv und demonstrativ gegen Neonazis aufzutreten. Es fehlt leider die gesellschaftliche Geschlossenheit, um den Rechtsradikalen den Spielraum zu nehmen. Im Augenblick sehe ich trotz des Engagements von Einzelpersonen und Gruppen keine wesentliche Kraft, die sich wirkungsvoll den rassistischen Übergriffen entgegenstellt und diese verhindert. Jeden Tag gibt es solche Angriffe und ich komme um den Verdacht nicht herum, daß verschiedene Politiker Verständnis für Gewalttaten haben, wenn es z.B. Asylbewerber trifft.

Ein Beleg für die fehlende Geschlossenheit ist auch der Nicht-Beitritt der CDU-Fraktion im Kreistag Darmstadt-Dieburg zum „Bündnis gegen Rechts“. Dies wurde begründet mit der Befürchtung, daß die Definition von rechtsextrem auf die CDU zurückfallen könnte. Auch das ist bezeichnend.

Die einzelnen Initiativen – heute von Schülern, morgen eine Gewerkschaftsversammlung und übermorgen Bürgerbündnisse – müßten koordiniert werden. Nur durch einen Grundkonsens und daraus folgenden einheitlichen Aktionen würde ich mir etwas versprechen.

*Die Stadt Darmstadt ist im Sommer diese Jahres dem „Bündnis gegen Rechts“ beigetreten. Wissen Sie von daraus hervorgegangenen Aktionen bzw. sind Sie als Zeitzeuge eingeladen worden?*

Nein.

*Kann über Bündnisse dieser Art wirklich interveniert werden oder taugt das Beschwören von Zivilcourage lediglich zur Selbstberuhigung?*

Sicherlich ist der Hinweis berechtigt. Es wird gesagt, ihr dürft nicht wegsehen, ihr müßt eingreifen, ihr müßt aktiv werden. Der Appell an die Zivilcourage ist praktisch ein Armutszeugnis für diejenigen, die das Gewaltmonopol des Staates verteidigen.

Wenn Nazis aber gewisse Gebiete zu „national befreiten Zonen“ machen, dann bedarf es eben eines gemeinsamen Willens, der dazu führt, daß viele sich denen entgegenstellen.

*Angesichts der häufig zu hörenden Gleichsetzung von rechts und links entsteht der Eindruck, Revisio-nisten und Vertreter der Totalitarismustheorie wie Ernst Nolte feiern jetzt ihre größten Erfolge.*

Leider ist Nolte ja nicht allein. Es gibt noch andere Intellektuelle, die sich bemühen, einen solchen Zusammenhang herzustellen. Der Krieg wird vollkommen umgedeutet: Bolschewiki und Juden hätten wegen vorher verübter Taten ihre Vernichtung durch die Nazis herausgefordert. Dies ist eine Umschreibung der Geschichte und dient der Relativierung der Nazi-Verbrechen. Dazu paßt, daß viele den Nationalsozialismus nur noch als ein historisches Ereignis unter vielen betrachten wollen.

Die Diskussion um die Wehrmachtausstellung lief nach einem ähnlichen Muster. Nachdem man neun Fotografien entdeckte, die nicht richtig zugeordnet waren, wurde die gesamte Ausstellung zurückgezogen und übrig blieb in großen Teilen der Öffentlichkeit die Meinung, der gesamte Sachverhalt sei falsch gewesen. Es standen nicht mehr die zahlreichen Verbrechen der Wehrmacht im Vordergrund, sondern die rechten Verdrehungen.

Die Fragen stellen Günter Mergel und Michael Enderlein.

#### Was ist die VVN - BdA?

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Daß dieser Schwur der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald bis heute aktuell bleiben würde, hatte damals, im April 1945, wohl niemand geahnt. Er ist unverändert gültiges Leitmotiv der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA). Und das ist kein Zufall: Die Ursprünge der VVN sind bis in die KZ und Zuchthäuser der Nazis zurückzuverfolgen, wo eingekerkerte Hitlergegner insgeheim bereits Pläne für ein von den Nazis befreites, antifaschistisches, demokratisches und friedfertiges Deutschland entwickelten, als andere noch „Sieg Heil“ brüllten. Die Frauen und Männer des antifaschistischen Widerstandes, die Überlebenden der nazistischen Konzentrationslager gründeten kurz nach Ende des Krieges die VVN – nicht ahnend, daß auch noch zur Jahrtausendwende der Kampf gegen einen sogar erstarkenden Neofaschismus und für eine längst nicht verwirklichte „neue Welt des Friedens und der Freiheit“ dringend geboten sein würde.

„Die Vereinigung ist ein überparteilicher, überkonfessioneller Zusammenschluß von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpfern, Antifaschisten.“ – „Die Vereinigung tritt ein für antifaschistisch-demokratische Entwicklungen auf allen Gebieten des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland.“ – „Die VVN-Bund der Antifaschisten bekämpft Ursachen und Erscheinungsformen des Faschismus, Militarismus, Antisemitismus, Revanchismus und der Ausländerfeindlichkeit. Die Vereinigung pflegt die demokratischen und humanistischen Traditionen des Widerstandskampfes, ehrt die Opfer des Faschismus und ist bestrebt, die geistigen und moralischen Werte der Widerstandsbewegung an die junge Generation weiterzugeben.“

(Aus der Satzung der VVN - BdA)

# Weil Humanität und Recht es gebieten

## *Bleiberechtsregelung für bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland* Von Pro Asyl

Über die Hälfte der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas machte der Krieg zwischen 1992 und 1995 zu Flüchtlingen und Vertriebenen. Innerhalb des eigenen Landes wurden 1,1 Mio. Bosnierinnen und Bosnier Opfer ethnischer Vertreibung, 200.000 kamen ums Leben oder gelten heute noch als vermisst. Etwa 1,2 Mio. Menschen flohen über die Landesgrenzen ins Ausland. Etwa 350.000 bosnische Staatsbürger fanden Schutz in der Bundesrepublik Deutschland. Es war und bleibt eine außergewöhnlich humanitäre Leistung, diesen Menschen im Augenblick höchster Gefahr Schutz gewährt zu haben, auch wenn darauf hingewiesen werden muss, dass andere Länder im Vergleich zu ihrer Bevölkerungszahl mehr Flüchtlinge aufgenommen haben als die Bundesrepublik Deutschland. Die Anteilnahme und Hilfsbereitschaft in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik war international vorbildlich und ist noch heute entsprechend zu würdigen.

**D**och schon unmittelbar nach dem zwischen den Konfliktparteien im Dezember 1995 geschlossenen Daytoner Übereinkommen, in dem den Flüchtlingen ein Recht auf Rückkehr an ihren Vorkriegswohnort in Sicherheit und Würde zuerkannt wurde, schlugen die bundesdeutschen Innenminister gegenüber den Flüchtlingen eine Gangart an, die im internationalen Vergleich im negativen Wortsinn einzigartig war. Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen hatten frühzeitig darauf hingewiesen, dass viele der bosnischen Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz gefunden hatten, dauerhaft nicht nach Bosnien-Herzegowina zurückkehren könnten:

- Personen, die nach der Rückkehr an ihren Vorkriegswohnort dort nicht der ethnischen Bevölkerungsmehrheit angehören würden,
- Opfer von Folter und sexualisierter Gewalt,
- Menschen, die gewaltsame Vertreibung oder Konzentrationslagerhaft durchlitten hatten,
- traumatisierte Flüchtlinge,
- alte Menschen ohne Angehörige in Bosnien-Herzegowina,

- alleinerziehende Personen mit minderjährigen Kindern und
- gemischt-ethnische Familien.

Die Tinte unter dem Daytoner Übereinkommen war noch nicht trocken, als sich die Innenminister des Bundes und der Länder 1995 einvernehmlich darauf verständigten, grundsätzlich alle Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina seien Gäste auf Zeit und hätten die Bundesrepublik Deutschland wieder zu verlassen. Als einziges der seinerzeitigen Hauptaufnahmeländer verweigerte Deutschland diesen Flüchtlingen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht im Gastland.

Mehr als 300.000 bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge haben bis heute unter dem enormen Ausreisedruck der Behörden die Bundesrepublik Deutschland verlassen. Etwa 250.000 kehrten unter schwierigsten Bedingungen nach Bosnien-Herzegowina, in der Regel jedoch nicht an ihre Vorkriegswohnorte zurück. Sie leben in Bosnien-Herzegowina als Binnenvertriebene. Etwa 50.000 Menschen, meist Angehörige der Personengruppen, für die eine Rückkehr nach Bosnien-Herzegowina unmöglich war, wanderten aus Deutschland in die USA, nach Kanada oder Australien weiter, wo ihnen ein Bleiberecht zuerkannt wurde. Die etwa 37.000 bosnischen Flüchtlinge, die sich noch immer in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, gehören in ihrer großen Mehrheit zu jenen Personengruppen, die nach Ansicht des Hohen Flüchtlingskommissars weiterhin auf internationalen Schutz angewiesen sind.

Seit Frühjahr dieses Jahres werden auch diese Flüchtlinge unterschiedslos aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland kurzfristig zu verlassen. Auf die Zugehörigkeit zu einer besonders schutzbedürftigen Gruppe wird keine Rücksicht mehr genommen. Im Falle traumatisierter Flüchtlinge werden zum Teil sogar fachärztliche Begutachtungen durch pauschale amtsärztliche Beurteilungen vom Tisch gewischt. Flüchtlinge, deren Traumatisierung nicht angezweifelt werden kann, werden auf angeblich vorhandene Behandlungsmöglichkeiten in Bosnien-Herzegowina verwiesen.

Inzwischen macht sich in Politik und Gesellschaft jedoch die Einsicht breit, dass der Umgang mit bosnischen Flüchtlingen in Deutschland nicht länger mit humanitären Grundsätzen vereinbar ist und auch nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt. UNHCR, die großen Wohlfahrtsverbände und PRO ASYL haben an die Länderinnenminister appelliert, schutzbedürftigen bosnischen Flüchtlingen ein Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland einzuräumen. In einer gemeinsamen Studie haben sie festgestellt, dass die noch in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Flüchtlinge in ihrer großen Mehrheit Angehörige von „Problemgruppen“ sind, die dauerhaft nicht nach Bosnien-Herzegowina zurückkehren können. Auch der Deutsche Bundestag hat in einem einstimmigen Beschluss die Bundesregierung aufgefordert, gegenüber den Bundesländern auf eine Bleiberechtsregelung für die bosnischen Flüchtlinge hinzuwirken.

### Das Bleiberecht: Die beste Lösung für alle

Die schwierige soziale und rechtliche Situation der bosnischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland und die Lage in Bosnien-Herzegowina selbst machen es notwendig, nunmehr sehr schnell zu einer pragmatischen und humanen Lösung zu kommen. Hierfür sprechen rechtliche, humanitäre und auch ökonomische Gründe:

Die meisten bosnischen Flüchtlinge, die noch in der Bundesrepublik Deutschland leben, sind Opfer von Verfolgung geworden und daher Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Sie hätten

nerhalb Bosnien-Herzegowinas belegt. Traumatisierte Flüchtlinge werden vor Ort keine ausreichende therapeutische Infrastruktur vorfinden. Der Zugang zum ohnehin rudimentären Sozialsystem in Bosnien-Her-

#### Bleibeberechtigte bosnische Flüchtlinge in acht Aufnahmeländern (Stand Mai 2000)

Aufnahmeland	Bosnische Flüchtlinge im Mai 2000	Davon: Bosnische Flüchtlinge mit Bleiberecht	Anteil bleibeberechtigter Flüchtlinge in %
Österreich	67.000	66.300	99,0
Schweden	53.000	52.798	99,6
Dänemark	28.000	27.244	97,3
Schweiz	15.000	8.000	53,3
Niederlande	24.000	24.000	100,0
Kanada	35.000	35.000	100,0
USA	140.000	140.000	100,0
BR Deutschland	37.000	0	0

Quelle: UNHCR

zegowina ist für Personen in besonders schwierigen Lebenslagen – insbesondere bei „Rückkehr“ in die Binnenvertreibung – versperrt.

Die Flüchtlinge leben seit nunmehr sechs bis neun Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Kinder sind hier geboren, gehen hier zur Schule und sprechen oft besser Deutsch als Bosnisch. Sie sind geschätzte und akzeptierte Nachbarn geworden und haben sich in die hiesige Gesellschaft integriert. Nach langen Jahren ist ihnen die Bundesrepublik Deutschland zur Heimat geworden. Eine erzwungene „Rückkehr“ nach Bosnien-Herzegowina empfinden sie als

eine erneute Vertreibung. Trotz intensiver Bemühungen von PRO ASYL wurden sie durch die Innenminister von der im November 1999 beschlossenen „Altfallregelung“ ausgeschlossen.

Es ist unverstündlich und auch ökonomisch unsinnig, dass im Falle der noch hier lebenden Flüchtlinge eine Ausreise erzwungen werden soll, wenn zur gleichen Zeit eine Debatte um die Notwendigkeit von Einwanderung geführt wird. Insbesondere im Handwerk und in mittelständischen Betrieben sind viele bosnische Flüchtlinge zu unverzichtbaren Mitarbeitern geworden. Dies zeigt unter anderem

die gemeinsame Initiative der Oberbürgermeister der Städte Konstanz und Singen, die beschlossen haben, keine bosnischen Flüchtlinge abzuschieben, die in festen Beschäftigungsverhältnissen stehen. Es ist wichtig, dass jetzt ein eindrucksvolles Signal der Solidarität mit den bosnischen Flüchtlingen von der Bundesrepublik Deutschland ausgeht.

#### Bosnische Kriegsflüchtlinge in acht Aufnahmeländern

Aufnahmeland	Bevölkerung in Mio.	Bis Juni 1996 aufgenommene Flüchtlinge	Bosnische Flüchtlinge im Mai 2000	Flüchtlinge pro 1000 Einwohner im Mai 2000
Österreich	8,2	80.000	67.000	8,2
Schweden	8,9	122.119	53.000	6,0
Dänemark	5,3	22.449	28.000	5,3
Schweiz	7,3	20.000	15.000	2,1
Niederlande	15,7	23.000	24.000	1,5
Kanada	30,9	k.A.	35.000	1,1
USA	276,2	k.A.	140.000	0,5
BR Deutschland	82,2	350.000	37.000	0,4

Anmerkung: Die Erhöhung der Flüchtlingszahlen von 1996 zu 2000 erklärt sich daraus, dass einige Aufnahmeländer im Rahmen sogenannter Weiterwanderungsprogramme bosnische Flüchtlinge aus anderen ehemaligen Aufnahmeländern (z.B. der Bundesrepublik Deutschland) übernommen haben. Quelle: UNHCR

daher Anspruch auf ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland gehabt. Der zeitnahe Zugang zu einem Verfahren zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft wurde ihnen jedoch verwehrt. Die Rückkehr an den Vorkriegswohntort in Sicherheit und Würde ist für viele nicht möglich. Ihre Häuser und Wohnungen sind von den noch über 800.000 Vertriebenen in-

# Literatur

SIDE 1

T w o   s i d e s

To us,  
who were of necessary birth  
for the earth's hard and thankless toil,  
silence has no meaning.

There is never a feeling of tranquility  
or mere quietness,  
never a moment of soundless calm  
from within or without our troubled selves.

How can the clamour of sounds be stilled?  
There is no void where noises can collect  
and be made mute  
before the ring escapes.

How indeed can there be a silence  
when our hearts beat out a sonorous beat  
meeting the beating drums of an African past;  
when our eyes shed solid tears of iron blood  
that falls on CONCRETE GROUND?

Inside our ears are the many wailing cries  
of misery.  
Inside our bodies, the internal bleeding  
of stifled volcanoes.  
Inside our heads, erupting thoughts of rebellion.

How can there be calm when the storm is yet to come?

o f        s i l e n c e

SIDE 2

This unending silence,  
taut, impervious,  
unbending,  
not lending an ear  
to the most delicate of sounds,  
awaits the blast of bombs  
which man will explode  
to break this silent bound  
to determine their fate  
to be used to create  
hills of soft obedience  
where sweet clothed sounds  
can rebound round  
and their echoes glide  
like a carefree bird  
in rhythmic calm  
through a mellow,  
purer, silent space.

Linton Kwesi Johnson

## Nomeansno

von Martin Büsser

Juhubuhaus, Nieder Olm 1988

Ich werde den Teufel tun, von meinem ersten Konzert zu schreiben. Das nämlich muß gewesen sein, als ich gerade ins Gymnasium eingeschult wurde. Damals hatten „die Großen“, also die Oberstufler, noch lange, in der Mitte gescheitelte Haare, trugen Bärte und zum Teil sogar Stirnbänder. Für mich sahen sie furchterregend aus. Und ebenso furchterregend war ihre Musik, Coverversionen von Deep Purple. Dort unten in der rheinhessischen Provinz, wo ich aufgewachsen bin, kommt alles sehr spät an. Bis tief in die achtziger Jahre hinein bestanden die jährlichen Konzerthöhepunkte aus sommerlichen Open Airs im Steinbruch, wo Gruppen wie die Doors-Revival-Band, die Led-Zeppelin-Memorial-Band und die Manfred-Mann-Forever-Band spielten. Höhepunkt solcher Abende waren die Auftritte von aus irgendwelchen Landkommunen herausgekrochenen Mittvierzigern, die, so munkelte man, früher einmal in Deutschland Musikgeschichte geschrieben haben sollten. Die Älteren, die auch noch Mitte der Achtziger lange Haare, Bärte und Stirnbänder trugen, kifften, was das Zeug hielt, um entsprechend verzückt solchen abendlichen Highlights, Gruppen wie Guru Guru und Embryo, lauschen zu können. Wie gesagt, liebe Leserinnen und Leser, ich schreibe hier nicht von 1972, sondern von 1984. Und ich befürchte, daß dem auch heute noch so ist. Mitbekommen habe ich es nicht mehr, aber es ist mehr als nur wahrscheinlich, daß da draußen noch immer Embryo und Guru Guru auftreten. Und es ist sogar zu befürchten, daß sie nun sogar wieder als hip gelten, daß sie da draußen von richtig jungen Leuten plötzlich als „Väter des Techno“ gefeiert werden. Und die Alten werden auch noch da sein und unterm Stirnband hervor zu den Jungen sprechen: „Seht ihr, wir haben es schon immer gesagt!“ Falls sie so lange Sätze überhaupt noch hinbekommen.

Als versprengte Gruppe von selbsternannten Punks hatten wir es in dieser an die Pfalz grenzenden Provinz in den frühen Achtzigern wirklich nicht leicht. Die „richtigen“ Konzerte fanden hundert Kilometer entfernt in Frankfurt statt. Und Führerschein hatten wir noch keinen. Eine solche Umgebung freilich ließ einen zum Wissenschaftler werden. Man lernte schnell zu kompensieren. Mehr noch als die Leute in der Stadt, die das ganze Zeug ja täglich vorgesetzt bekamen, beschäftigten wir uns via Theorie mit diesem ganzen heißen Insider-Wissen, lernten Besetzungslisten auswendig, konnten die Titel sämtlicher Clash-Singles runterbeten und jeden Song der Dead Kennedys mitsingen. Eine Band nebenbei, die mir einst von einem Kumpel mit den Worten empfohlen wurde: „Klingt voll geil, die sind nämlich sauschnell! Aber wahrscheinlich Nazis.“ Er hatte den Song „Nazi Punks Fuck Off!“ nicht so richtig verstanden und dachte, „Fuck Off“ wäre so etwas wie ein Schlachtruf zur Begrüßung. Okay, so etwas spricht nicht



gerade für unsere Englischlehrer, aber wir waren, das muß ich anmerken, auch noch verdammt jung. So jung, daß ich beispielsweise dachte, es wäre cool, sich eine Rasierklinge ans Ohr zu hängen. Weil man sich allerdings mit vierzehn noch in einem Alter befindet, wo man ständig und überall an sich rumspielt, begann ich plötzlich mitten im Physikunterricht wie ein Schwein unterm Messer zu bluten. Das war das Ende meiner kurzen „Härter als Exploited“-Phase.

Mitte der Achtziger war dann alles vorbei. Da entstand wirklich so ein toter Punkt, von dem aus ich dachte, daß es niemals mehr eine widerspenstige, andersartige und also coole Musik wird geben können. Mit einem Schlag nämlich waren sie alle weg. Die Dead Kennedys hatten sich gerade aufgelöst und auch in Deutschland sah es nicht gerade gut aus. Draußen im Steinbruch spielten derweil noch immer Guru Guru. In Alzey, dem Städtchen, wo ich zur Schule ging, lief die Blues Brothers-Coverband heiß. All die schrägen und provozierenden Sachen, die noch vor zwei bis drei Jahren unsere Gemüter erhitzen hatten (auch wenn wir sie nicht live zu sehen bekamen), Gruppen wie Fehlfarben, The Wirtschaftswunder und S.Y.P.H., waren von der Bildfläche verschwunden, abgelöst von Herbert Grönemeyer und Klaus Lage. Schlechte Zeiten für Rock'n'Roll. Also begann ich, Arno Schmidt zu lesen und mich auf mein Abitur vorzubereiten.

Ich schreibe diese Vorgeschichte so ausführlich, um den Kick zu erklären, den emotionalen Sprengstoff, den das Konzert, von dem ich gleich berichten werde, bei allen Beteiligten ausgelöst hatte. Dieser Kick kam nicht nur zustande, weil wir über Jahre und inzwischen sogar Jahrzehnte in toten Ortschaften gelebt hatten, sondern weil das Ereignis eben zugleich in eine der musikalisch totesten Perioden hineingebrochen ist, so unerwartet hineingebrochen wie das durch den Film jagende Raumschiff im „Leben des Brian“. Es gibt sie leider, diese Phasen innerhalb der Popgeschichte, Phasen, die auf ganz große, emotional aufgeladene, hoffnungsträchtige Jahre folgen. Die Dürre nach dem allzu heißen Sommer der Liebe. Phasen, während derer jegliche Aufbruchsstimmung und alle Revolutionsromantik in sich zusammenfallen. So stelle ich mir zum Beispiel die Jahre zwischen '73 und '76 vor, also die Zeit zwischen dem Ende von Psychedelic und dem Beginn von Punk. Wie ernüchternd mußte das gewesen sein, als nach Hendrix, nach den Doors und diesen ganz großen Gesten, die da vom intensiven und befreiten Leben erzählt hatten, plötzlich nur noch Sachen wie Genesis und Fleetwood Mac übrig geblieben sind? Okay, es gab Roxy Music, aber ich glaube, die hat damals hierzulande niemand so richtig verstanden.

Wie gesagt, die Zeit zwischen 1985 und 1988 war ebenfalls eine solch ausgestorbene Zeit, wenn man nicht gerade auf den glattgebügelten Mittachtziger-Pop stand, der selbstredend viel schlimmer war als der glattgebügelte Frühachtziger-Pop, der immerhin noch so Spitzen wie Soft Cell und Frankie Goes To Hollywood hervorbrachte. Doch dann erreichte uns die Nachricht: Nomenansno kommen nach Nieder Olm.





Nomeansno? Nieder Olm? Von der Band hatten wir gehört. Deren Platten sind auf dem Label von Ex-Dead Kennedy Jello Biafra erschienen, Kanadier sollten es sein. Hardcore nannten einige ihre Musik – wie Punk, aber doch ganz anders, neuer, intensiv und nicht so stumpf parolenhaft wie das, was von Punk übriggeblieben ist. Nieder Olm, das sagte uns auch was. Ehrlich gesagt sagte uns das sogar mehr als Nomenansno, denn es handelte sich um ein Dorf in unserer Gegend, kurz vor Mainz gelegen, ein Ort also, an dem bislang noch keine Popgeschichte geschrieben wurde. Geschweige denn sonst irgendeine Geschichte.

Was als wundersames Gerücht begann und in Form von kursierenden Flyern eine Art materielle Wahrscheinlichkeit erhielt, wurde wahr! Fragt mich nicht nach dem genauen Datum. Da es draußen warm war und der Innenhof mit Scherben übersät, muß es im Frühjahr oder Sommer 1988 gewesen sein. Als wir ankamen, war die Stimmung schon bis zum Äußersten gesteigert. Fremde und fremdartige Autokennzeichen begrüßten uns, aus dem Raum Stuttgart waren welche angereist, andere aus Karlsruhe. Eine große Euphorie lag in der Luft, die wohl mit der Exklusivität zusammenhing, mit der Freude aller, Veranstalter und Publikum, es geschafft zu haben, eine Band, von der so viel geredet wurde, in ein so verschlafenes Nest wie Nieder Olm zu holen. In ein Jugendzentrum zudem, das höchstens hundert Leute fasste. Dies war die Exklusivität der ersten Stunde. Freude daran, nach all den Jahren an etwas teilhaben zu dürfen, das sich wieder nach intaktem Underground anfühlte, nach einem Neubeginn. Und daß es sich so anzufühlen hatte, dafür sorgten alle Beteiligten. Im Eingangsbereich wurden kistenweise Platten verkauft, die Antifa hatte ihren Stand aufgestellt. Ohne daß hier große Absprachen unter den Leuten getroffen wurden, war von Anfang an klar gewesen, daß Musik und Politik hier zusammengehörten. Alle Beteiligten wollten endlich den Punk wieder zurück und alle waren sich zugleich darüber einig, ihn anders zu wollen. Zeitgemäßer und dadurch gestärkt, von alten Fehlern gelernt zu haben, zum Beispiel vom verheerenden Proll-Kult, der dazu geführt hatte, daß bei Punkkonzerten statistisch auf einen Punk fünf Hunde und also achtzig Flöhe kamen.

Und nachdem ich Nomeansno an diesem Abend gesehen hatte, wurde mir klar, daß es das Recht einer jeden Generation ist, den Punk für sich neu zu erfinden, ihn für sich ganz alleine neu zu erschaffen. Sollte ich also einige Jahre später mal eine spitze Bemerkung über Grunge machen und etwas von Ausverkauf in mich hineinbrabbeln, mußte ich mir doch eingestehen, daß es das verdammte Recht dieser inzwischen nachgekommenen Generation war, zu sagen: „Das ist unsere Musik.“ So wie wir es an jenem Abend taten.

Nachdem die Vorband, deren Name ich vergessen habe, sich wacker durch ihr Set gehämmert hatte und der Schlagzeuger in der alle und alles beherrschenden Euphorie seine gesamten Trommeln zerfetzt hatte – in einem kurzen Ausbruch von Nüchternheit stiegen ihm beim Zusammenlesen der Trümmer die Tränen in die Augen – traten Nomeansno auf und taten,

vorauf alle gehofft, es aber nicht wirklich erwartet hatten: Sie erfanden Punk neu.

Im Mittelpunkt standen die Brüder John und Rob Wright, der eine über dreißig, der andere über vierzig. Alles, was nun folgte, Nummern wie „Small Parts Isolated And Destroyed“, „Victory“ und „Real Love“, der schwerste Metal-Dampfhammer seit „Highway To Hell“, allerdings ins düster existenzialistische gewendet, drückte uns mit voller Kraft an die Wand. Alle Teilnehmer waren dermaßen paralysiert, daß es schwerfällt, sich an irgendetwas während des Konzertes zu erinnern. Wurde Pogo getanzt? Gab es zu dieser Zeit bereits Stagediver? Aber was wäre passiert, wenn ein Stagediver in eines der Löcher gefallen wäre, die für die Musik von Nomeansno so typisch sind, in einen dieser Breaks zwischen den Schlägen und tonnenschweren Gitarrenriffs, Breaks von der Kühnheit eines John Cage, wo plötzlich die Stille endlos erscheint, obwohl sie doch nur drei Sekunden anhält? Drei Sekunden abrupter Stille hätten gereicht, einen Stagediver in die Leere fallen zu lassen.

Sprachlosigkeit breitete sich aus, denn diese Musik war wirklich neu. Sie war anders. Sie war, wonach wir alle gierten: Das bislang Ungehörte. In dieser Musik gab es Elemente von Punk, es gab starke Referenzen an Metal, aber auch an Blues, allerdings eine ganz andere Art von Blues als jene, mit der die Blues Brothers-Coverband in unserem Städtchen alljährlich aufwartete. Zugleich hatten Nomeansno sehr viele Artrock-Elemente in ihrer Musik, Anleihen an King Crimson und natürlich einen wahnsinnigen, bei Gang Of Four entlehnten, Funk, der den ganzen Körper mitriß, ohne daß der Bass in schrecklichem Chili Peppers-Slapp-Posing ausartete. Nomeansno taten das, was bislang als unerhört galt: Sie brachten Elemente in Punk ein, die sich Punk bislang verboten hatte, weil solche Elemente als „der Feind“ galten.

Was an diesem Abend vermittelt wurde, war eine unglaubliche musikalische Offenheit gepaart mit menschlicher Wärme. Daß hier zwei eher ältere Herren ganz ungestylt auf der Bühne standen und eine Musik spielten, die die Power von Punk hatte und zugleich eine musikalische Komplexität, die ihnen später den etwas dümmlichen Begriff Jazzcore einbrachte, hatte etwas sehr Befreiendes. Es vermittelte, daß es scheißegal ist, wer welche Musik spielt und wer welche Klamotten anzieht, solange er nur gut drauf ist. Und gut drauf sein hieß seinerzeit nicht, einen auf „Happy Happy-Love Parade“ zu machen, sondern daß jemand etwas in der Birne hat, ohne ein Klugschwätzer zu sein und daß er also zugleich auch weiß, wo er politisch steht. Mit einem Mal war alles Sektiererhafte und Dogmatische, was zum langsamen Absterben von Punk geführt hatte, verschwunden.

Direkt nach dem Konzert verschwanden die Brüder Wright in ihren Tourbus, aber nicht, um sich gegenüber dem begeistert aufgestachelten Publikum zu verschanzen, sondern um aus dem Bus heraus Platten und T-Shirts zu verkaufen. In der Menge vorm Bus, endlich wieder Sauerstoff in den Lungen, sah ich mich auf dem kleinen Dorfplatz um. Die Bewoh-



ner, vorwiegend Bauern, hatten sich in ihre Häuser zurückgezogen. Draußen war die Welt plötzlich wieder provinziell, klein und still. Als ob es die soeben erlebte Stunde nie gegeben hätte.

Aber es hat sie gegeben, denn das ließ sich auch noch in den nächsten zwei bis drei Jahren prüfen. Diese Stunde war der Auftakt zu einer kurzen, aber sehr intensiven Zeit, einer Zeit, die für mich den letzten großen Höhepunkt des Punk ausmachte, vielleicht sogar das letzte große Aufscheinen eines utopischen Gedankens von Rockmusik als Stimme sozialer Befreiung. Das mag pathetisch klingen, wurde aber von allen daran Beteiligten so empfunden. Wir, die wir zu dieser Zeit endlich Führerscheine hatten (zumindest einige von uns), fuhren quer durch die Republik, um jene zu sehen, die die Achtziger aus ihrer musikalischen Stagnation gerettet hatten. Die Liste ist lang. Alice Donut waren da, firehose (Nachfolger der legendären Minutemen), die heute leider vergessene Silvia Juncosa, Pussy Galore, die Leaving Trains, kurz, letztlich alle, die auf den damals relevanten US-Labels „SST“, „Touch & Go“ und „Homestead“ veröffentlicht hatten. Es ist schwer, das Charakteristische an dieser Musik und der damit verbundenen Szene mit wenigen Worten zu erklären. Vielleicht läßt es sich ja über Nomeansno fassen. Wenn man vor oder nach dem Konzert mit einem der beiden Wright-Brüder sprach, lag ein dauerndes Strahlen in ihren Augen, das gewiß nichts mit Kiffen zu tun hatte, sondern das von Wißbegier zeugte, von der Neugierde und dem Wunsch, alles um einen herum aufzusaugen und zu thematisieren. Für ein paar Jahre wollten ein paar Menschen alles und zwar alles sofort. Dies führte zu einem Übermaß an politischer Diskussion und zu einem Überschuß an musikalischer Energie, die sich unentwegt von neuen Einflüssen inspirieren ließ. Über John Coltrane wurde ebenso wie über Eddie Van Halen debattiert. Vielleicht, denke ich heute, war all das so lebendig, so gierig und so schnell, weil alle Beteiligten bereits etwas von der Unwahrscheinlichkeit dessen verspürten, was sie da durchlebten. Die Intensität, die das Familiäre seinerzeit ausgemacht hatte, war so nahe am Rande des Unmöglichen, war so eigenweltlich utopisch aufgeladen, daß wir ihr schnelles Verschwinden bereits im Vollzug verspürt haben. Kurz darauf fiel die Mauer und mit ihr der Sozialismus in Europa. Und vielleicht ist es kein Zufall, daß das Ende der Rockmusik, ihr letztes Aufbäumen als Gesellschaftsutopie mit linken Vorzeichen, genau in diese Zeit des Umbruchs gefallen war.

Zwei Jahre später habe ich Nomeansno noch einmal in Frankfurt gesehen. Dort spielten sie bereits vor tausend Leuten. Das Familiäre war verschwunden, die geheimbündlerische Szene ist von der Öffentlichkeit überrollt worden. Es gibt eben für alles nur ein erstes Mal. Bereits in Frankfurt ist das Zuhören eine Art Erinnern gewesen.

*Vom Autor gekürzt. Der vollständige Text findet sich im Buch: The Boys are back in Town. Mein erstes Rockkonzert – ein Lesebuch. Frank Schäfer (Hg.), Schwarzkopf & Sch., Berlin 2000, 237 S. ISBN 3-896-02342-X*

Yout rebels

a bran new breed of blacks  
have now emerged,  
leadin on the rough scene,  
breakin away  
takin the day,  
sayin to capital neva  
movin forwud hevva.

they can only be  
new in age  
but not in rage,  
not needin  
the soft and also  
shallow councilin  
of the soot-brained  
sage in chain;  
wreckin thin-shelled words  
movin always forwud.

young blood  
yout rebels:  
new shapes  
shapin  
new patterns  
creatin new links  
linkin  
blood risin surely  
carvin a new path,  
movin forwud to freedom.

Linton Kwesi Johnson



# Woodstock in Weiterstadt

Von *Andreas Heidenreich*

Endlich ist es geschafft: im 24. Jahr seines Bestehens hat es das Kultfestival im Braunschardter Tännchen bei Weiterstadt vollbracht, die Anerkennung zu bekommen, die es verdient: „BILD“ hat berichtet. Grund genug für uns, auch in die Lobeshymnen auf das Woodstock des Kurzfilms einzustimmen. Das Äußere, wenn auch noch so stimmungsvoll, ist schnell beschrieben, da doch Jahr für Jahr ähnlich: tagsüber werden die Filme in einem dunklen

Kino vor einem kleinen, aber diskussionswütigen Publikum: Perlen vor Perlen geworfen. Und dann wären da noch die zahllosen Kleinigkeiten, die das Ambiente abrunden: der Swimming Pool, in dem nachmittags kleine Kinder vor dem Zelt toben durften, während ihre Eltern der nicht immer kindgerechten Film- und Videokunst folgten. Abends wurden dann die Kinder von einigen entkleidungswütigen SchauspielerInnen und FilmemacherInnen abgelöst. Oder

die Hirschwurst am Grill, das Fickiwinkizelt der letztjährigen „Dope“-Super-8-Preisträgergruppe, das Frühstückstreffen der FilmemacherInnen, die kultigen Ansagen von Moderator Jochen P. („der Film ist jetzt auf englisch, aber das macht nichts, der ist sehr gut zu verstehen, der ist nämlich in reinstem Foxtrott-Englisch“) und und und. Unbestätigt ist bislang die Aussage der Ludwigsburger Filmemacherin Daniela Parr, die auf die Frage, was denn Weiterstadt sei, antwortete: „Wenn ich das alles besitzen würde, was beim Filmfest gekiffert wird, wäre ich die reichste Frau der Welt“.

Doch das alles sind – wenn

auch noch so liebgewonnene – Randerscheinungen: im Mittelpunkt des Filmfests stehen die zahlreichen Filme. Und über die ist bei 211 Werken, die aus den über 600 Einsendungen aus 46 Ländern ausgewählt wurden, gar nicht so einfach zu berichten: was soll man weglassen, was soll man erwähnen? Sicherlich gab es einzelne Highlights, bei denen das Publikum tobte: etwa der französische James-Bond-Frosch in Jon Carnoys „Les nouvelles mesaventures d'alfred le crapaud: Alfred 007“, der ein stilgetreu-schönheitsideales Bondgirl vor den bösen Verfolgern im schwarzen Wagen rettet und zum Agenten mutiert während sein Frosch-Kollege bei gleichem Unterfan-



Das Braunschardter Tännchen

Circuszelt vorgeführt, das dem Zauber der Bilder ein ganz eigenes Flair verleiht, abends auf der Riesleinwand mitten im Wald vor mehr als 2000 Zuschauern, die eine geradezu unvergleichliche Atmosphäre schaffen. Natürlich gibt es immer Juwelen wie dieses Jahr Axel R. Röthemeyers „K-Day: Das Out-Coming einer In-Sekte“ (ähnlich subversiv und unterhaltsam wie „Streik - Ein Film“, wenn auch gegen Ende etwas langatmig) oder Alice Wangs 88-Minuten Road-Movie „The Egg“, zu dessen Weltpremiere die Filmemacherin den weiten Weg aus Taiwan nach Hessen fand. Beide Filme liefen aufgrund des wie immer übergroßen Angebots parallel im Kommunalen

gen zerschmettert auf der Windschutzscheibe kleben bleibt. Oder die drei Preisträgerfilme des Satirischen Kurzfilmtags Rüsselsheim, die traditionsgemäß am Sonntag Abend über die Leinwand flimmerten und das Publikum begeisterten. Allen voran der Film „Bin weg – Lisa“ von Matthias Kutschmann, in dem Fred, der nach dem Aufwachen einen Zettel von seiner Freundin mit der Info „Bin weg – Lisa“ vorfindet, und erst nachdem er ihr Handtuch als Toilettenpapier, den Küchenboden als Abfallablage und die Bierdosen als Frühstückstrunk verwendet hat, den unteren Teil der Nachricht liest: „...bin einkaufen“. Und da steht Lisa natürlich schon in der Tür. Doch trotz aller Begeisterungstürme, die vornehmlich die kurzen, pfiffigen Komödien auslösten, sind es die etwas sperrigeren Filme, die auf den ersten Blick erstaunen, ins Grübeln bringen, keinen Jubel auslösen und doch viel länger haften bleiben: etwa Tony Hills welturaufgeführte experimentelle Dokumentation „Camera Obscura“, in dem der international zu den wichtigsten Experimentalfilmern zählende Technikermeister zeigt, daß er immer mehr von den rein visuell verhexten und technisch brillanten Werken zu auch inhaltlich vertrackten, philosophischen Glanzpunkten umschwenkt. Oder ganz zum Schluß des Kurzfilmprogramms der außergewöhnliche Zeichentrickfilm „Ring of Fire“ von Andreas Hykade. Animation muß nicht immer disneytypisch kindgerecht sein, auch nicht dem japanischen Mangastil folgen. Schade nur, daß gerade bei diesem Film fast allen sofort klar war, daß man einen langen Film von Andreas Hykade in diesem Stil wohl nie zu sehen bekommen wird: welche Firma, welche Geldgeber würden sich auf solch ein Wagnis einlassen? Überhaupt verwundert nach Betrachtung all der Filme von jungen Filmschaffenden, wo diese denn später einmal bleiben. Schließlich war auch vor fünf Jahren das Programm in Weiterstadt schon toll, und doch hat man nur von den wenigsten heißgeliebten FilmemacherInnen im Kino etwas gehört – Ausnahmen sind Peter Thorwart mit „Bang Boom Bang“ und Veit Helmer mit „Tuvalu“, die den Sprung ins große Filmgeschäft schafften (und nach dem künstlerischen, jedoch nicht kommerziellen Erfolg von „Tuvalu“ bleibt nur zu hoffen, daß diese Filme keine Eintagsfliegen waren). Der wahrscheinlichste Kandidat für die nächsten Jahre ist wohl Sven Taddicken, seit Jahren einer der kreativsten Filmemacher beim Open Air Filmfest in Weiterstadt, der auch dieses Jahr mit „Schäfchen zählen“ und „Ice Cream“ gleich zweimal höchst unterschiedlich, doch stets eigenwillig und begeisternd vertreten war. Als einer der wenigen Filmstudenten hat er es geschafft, sich nicht an Normen und Lehrstil anzupassen und stets den eigenen Weg zu gehen: er konnte dieses Jahr erstmals seit langem nicht persönlich in Weiterstadt erscheinen, da er zur Zeit seinen ersten langen Film – die Abschlußarbeit an der Filmakademie Baden-Württem-

berg – plant. Ansonsten ist übrigens die hohe Anzahl von Filmemachern höchst erfreulich, die nicht nur aus Deutschland, sondern unter anderem auch aus Ru-



Braunshardt Jungs

mänien, Italien, England und den Niederlanden zur Präsentation ihres Schaffens anreisen. Und das, obwohl ihnen das finanziell ewig klamme Festival, das sich über vier Tage ausgezeichneten Wetters und deshalb über weniger hohe Einbußen als im letzten Jahr freuen durfte, nur einen wahrlich kleinen Teil der Reisekosten zurückerstatten konnte.

Wie in den Vorjahren auch konnte das Festival einige Filme präsentieren, deren Schöpfer das Filmfest bislang nur als Gäste kannten und von der Vielfalt des Gesehenen animiert wurden, auch Eigenes zu produzieren. Das ist hoffentlich dieses Jahr wieder gelungen. Wer Lust hat, selbst Produziertes zu zeigen oder gezeigt zu bekommen, hat noch bis zum 1.6.2001 Zeit: das ist der Anmeldeschluß für die Jubiläums-Edition „25. Open Air Filmfest Weiterstadt“. Dieses wird vom 16.-20.8.2001 wieder unzählige Filmbegeisterte, Fachpublikum wie Fans, nach Weiterstadt locken. Infos: [www.weiterstadt.de/filmfest](http://www.weiterstadt.de/filmfest).

# Rezensionen

## *Aufstand der Ressentiments. Oder: Wie deutlich wurde, dass mit Rassismus Wahlen zu gewinnen sind*



„Kinder statt Inder“ – wer sich nicht an die Worte des CDU-Politikers Jürgen Rütgers erinnert, mag sich vielleicht der jüngsten Gedanken der CDU-Spitze entsinnen, die Zuwanderung nach Deutschland zum Thema des Bundestagswahl-

kampfes 2002 zu machen. Oder der Unterschriftenaktion gegen die Ökosteuer. Oder der Stände gegen die „Homo-Ehe“. Mutter dieser und der kommenden populistischen Kampagnen der CDU/CSU war die Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft im Frühjahr 1999. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte riefen die Unionsparteien zu einer Unterschriftenaktion auf, deren Ziel die Verhinderung der rot-grünen Reform des Staatsbürgerschaftsrechts war. Diese Kampagne ist, nach der Diskussion um die Änderung des Asylrechts 1992/1993, ein weiteres Beispiel für die Instrumentalisierung von diffusen Ängsten und langgewachsenem Rassismus zum Zweck der Machtgewinnung durch die Christdemokraten.

Der Darmstädter Soziologiestudent Andreas Klärner hat sie zum Thema seiner Diplomarbeit gemacht, die jetzt als Buch mit dem Titel „Aufstand der Ressentiments“ erschienen ist. Das lag nahe, hatte er doch das „Darmstädter Aktionsbündnis für die doppelte Staatsbürgerschaft“ mitinitiiert und an den Ständen der CDU für die doppelte Staatsbürgerschaft geworben. Dort hatten seine MitstreiterInnen und er sich nicht nur einmal fragen lassen müssen, „wo man denn gegen Ausländer unterschreiben“ könne.

Klärner hat, indem er seine Untersuchung der Kampagne anhand von Zeitungsartikeln verbindet mit einer Rekonstruktion des Einwanderungsdiskurses in der BRD, ein kleines politisches Lehrbuch abgeliefert, was das Darmstädter Stadtmagazin FRITZ zu Recht in folgende Worte fasste: „Ein Buch, das bei jedem Politiker als Pflichtlektüre neben dem Bett liegen sollte.“ Denn der detaillierten Nachzeichnung der

Einwanderung in die BRD schließt sich der wegen seiner klaren Gliederung spannendste Teil an: Ablauf und Analyse der CDU/CSU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Klärner kommt dabei zu dem Schluss: „Die Union hat damit bewiesen, daß sie in Krisenzeiten dazu bereit ist, auf völkisch-nationalistische, autoritäre und damit antidemokratische Ideologeme und politische Positionen zurückzugreifen.“ Diese Annäherung wird verdeutlicht anhand der Übernahme der völkischen Kollektivsymbolik, mit deren Hilfe alle (allerdings nur alle Deutschen) ins gleiche „Boot“ geholt werden sollten. Mit dieser Übernahme verfestigte sich das „Wir-sind-wir-und-die-bleiben-die“-Denken. Daß auch Roland Koch, der Gewinner der damaligen hessischen Landtagswahl, der Mann, dessen Wahlkampf angeblich mit dem Geld jüdischer Spender finanziert wurde, sich dieser Symbolik bediente, dürfte hinlänglich bekannt sein. Als Ziehsohn von Manfred Kanther, um dessen Sicherheitswahn es etwas ruhiger geworden ist, stand das zu befürchten. Daß allerdings mit tendenziell rassistischen Ideologemen eine scheinbar demokratische Partei so schnell ihre Wahlchancen würde verbessern können, das blieb bis zur Hessenwahl unklar. Anfang des Jahres 1999 noch in allen Umfragen weit abgeschlagen, konnte Koch mit der Unterschriftenaktion Ressentiments in der Bevölkerung mobilisieren und somit Stimmungen in Stimmen verwandeln. Nur konsequent ist es daher, wenn Roland Koch als einer der ersten begeistert den Vorschlag von Fritze Merz und anderen unterstützte, mit einer Anti-Zuwanderungskampagne in den nächsten Bundestagswahlkampf zu ziehen. Was einmal klappt, kann beim zweiten Mal nicht falsch sein – oder gar widerwärtig.

In Darmstadt führte der Artikel im FRITZ noch dazu, daß der in diesem als „Bundestagsdauergrinser“ bezeichnete Darmstädter Bundestagsabgeordnete Andreas Storm sich verbat, mit der Kampagne in Verbindung gebracht zu werden und ein empörter Leserbriefschreiber sich beschwerte, „diese Art der Berichterstattung“ sei „normalerweise in politischen Kreisen zu finden, gegen die sich Ihre Artikel eigentlich richten.“ Ist das Projektion, oder trifft das Sprichwort vom getroffenen Hund hier eher zu? Klärner jedenfalls nahm und nimmt nichts zurück. Warum auch. *Armin Breidenbach*

*Andreas Klärner: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Papyrossa 2000, ISBN 3-89438-211-2, DM 28,-*

## Von Adelung bis Zwangsarbeit. Stichworte zu Militär und Nationalsozialismus in Darmstadt

Zu den vielen Büchern, die sich mit Darmstadt beschäftigen, ist eines hinzugekommen. Kurz gesagt: es ist ein

lesenswertes. In der Art eines Lexikons aufgemacht, behandelt es in 173 Stichworten Darmstädter Themen, die „auf der Straße liegen“.

Unter den Leitthemen Nationalsozialismus und Militär werden Ausschnitte aus dem 20. Jahrhundert behandelt. Die Liste der Stichworte beginnt bei Adelung – welcher Darmstädter weiß mit dem Namen noch etwas anzufangen? – geht über in das Arheilger Mühlchen, das Braustübl und Georg Büchner, den Darmstädter Aufruf (1958), das Darmstädter Signal und das Darmstädter Wort (1947), beinhaltet Denkmäler (12 Seiten), die ESOC, Henschel & Ropertz, den Kreisauer Kreis bis hin zu Waldkolonie, Zigeuner und Zwangsarbeit. Zu ihren Stichworten haben die Verfasser – sie vermerken selber, keine Historiker, sondern geschichtsinteressierte Bürger Darmstadts zu sein – überwiegend zugängliches Quellenmaterial verarbeitet. Das Buch ist durch das ausführliche Register sehr benutzerfreundlich.

Es enthält ein Vorwort des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Darmstadts Moritz Neumann. Darin blickt er zurück auf die Verstrickungen ehemaliger führender Politiker in das Nazisystem und auf die ihnen gegenüber geübte barmherzige Schweigsamkeit. In diesem Zusammenhang zeigt er sich sehr verwundert darüber, warum z.B. die Hindenburgstraße immer noch Hindenburgstraße heißt und es die Grundstraße gibt.

Neumann wünscht dem Buch einen „Platz in der real existierenden örtlichen Geschichtsschreibung“ sowie die Nutzung im Schulunterricht, „wofür die Stadt ruhig ein paar bescheidene Fördermittel erübrigen dürfte“. Diesem Wunsch ist nichts hinzuzufügen.

*DFG-VK Darmstadt (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen), Von Adelung bis Zwangsarbeit, 173 Stichworte zu Militär und Nationalsozialismus in Darmstadt, 205 Seiten, 45 Bilder.*

1. Auflage: Mai 2000, erhältlich im Darmstädter Buchhandel für DM 14,90 oder bei Michael Bauer, DFG-VK Darmstadt, Gerhart-Hauptmann Str. 47, 64291 Darmstadt, Tel 06151/ 375662.

German Angst, treffender hätte Friedrich Ani den Titel nicht wählen können. Selbstverständlich sind „Handlungen und Personen dieses Romans (...) frei erfunden“, obwohl die Geschichte stark an den „Fall Mehmet“ erinnert, der vor einiger Zeit durch die deutschen Medien ging.

Lucy Arano, gebürtig in Deutschland, ist die Tochter von aus Nigeria stammenden Bürgerkriegsflüchtlingen. Sie hat mit ihren 13 Jahren schon eine Vielzahl an Straftaten begangen. Die Mutter starb in Deutschland bei einem ungeklärten Brand, was Lucy immer noch nicht überwunden hat. Ihr Vater betreibt mit einem Bekannten zusammen eine Klempnerei, ist also ein „nützlicher Ausländer“. Folglich besitzt er auch eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Lucy bekam – so ist es üblich – eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, die in bestimmten Abständen automatisch verlängert wird. Vorausgesetzt, dass keine Straftaten vorliegen. Geschützt durch die Minderjährigkeit konnten Lucys Vergehen bisher nicht als Gesetzesverstöße geahndet werden. Dann nähert sich ihr 14. Geburtstag und damit ihre Strafmündigkeit, was mit großer Spannung von Medienöffentlichkeit und Staatsanwaltschaft erwartet wird. Schon seit geraumer Zeit steht Lucy im Medieninteresse, ist sie doch immer wieder durch besonders brutale Überfälle als „kriminelle Ausländerin“ aufgefallen.

Das macht diversen Politikern Kopfzerbrechen, denn ständig muss rechtfertigt werden, weshalb „diese Nigerianerin“ sich in Deutschland aufhalten darf. Immerhin stellt sie eine Bedrohung für die rechtschaffenen Deutschen dar. Die populistische Lösung ist schnell gefunden: Abschiebung! Begeht Lucy ein weiteres Verbrechen, soll die Bilanz der bisherigen Vergehen ausreichen, um sie auszuweisen, auch wenn rechtlich alle Taten vor dem 14. Lebensjahr keine Straftaten darstellen. Sie soll zurück nach Nigeria, obwohl sie dort noch nie zuvor war, nicht einmal die Sprache spricht.

Solche Ideen treffen selbstverständlich nicht auf taube Ohren. Schon länger gibt es eine Stammtischrunde – den „Republikanern“ zugeneigt – die sich gegen das „überfüllte Boot Deutschland“ und eine „Durchrassung der Gesellschaft“ wehren will. Mit der Medienhetze gegen Lucy haben sie endlich ein Ziel für ihren paranoiden Aktionismus gefunden. Die „Aktion D“ wird gegründet und die Freundin – eine



*German Angst*

„echte Deutsche“ – von Herrn Arano entführt. Mit ihr als Geisel sollen Lucy und ihr Vater gezwungen werden, das Land zu verlassen, was schließlich gelingt.

Die Geschichte wird abwechselnd aus den verschiedenen Blickwinkeln der Betroffenen erzählt. Das Interessante an diesem Roman ist weniger die Story an sich, als vielmehr die genau recherchierten und eindrücklich beschriebenen gesellschaftlich virulenten Vorurteile. So stoßen Polizisten bei ihren Recherchen zum Entführungsfall immer wieder auf Abneigungen und schlimmste Ressentiments gegen Schwarze. Oft ist es den Befragten unerklärlich, wie eine Deutsche mit einem Schwarzen eine Beziehung haben kann. Viele Sätze im Zuge der Befragungen fangen mit „Ich habe ja nichts gegen Schwarze, aber...“ an.

Besonders erschreckend stellt Friedrich Ani die Rolle der Medien dar: Meinungsmaschine, Vermittler zwischen den Geiselnern und der Polizei. Von Anfang bis Ende sind die Starreporter dabei, selbst von der Abschiebung gibt es noch Live-Bilder. Unmenschliche Abschiebebedingungen und -praktiken werden ganz nüchtern zum Quotenbringer, zum Job. Sehr authentisch ist die Darstellung der rechtsradikalen „Aktion D“ aus dem Umfeld der Republikaner. Eine kleine Stammtischrunde, alles unbescholtene deutsche Bürger, liest begeistert die Zeitschrift „Deutsche Staatsbriefe“, die ihm ideologischer Wegweiser ist. Angeregt durch die Lektüre tut sich ein Mann besonders hervor. Er stellt eine Schläger- und Mordtruppe zusammen und knüpft Kontakte zu den Parteioberen der Republikaner. Diese spannen ihn schließlich für ihren großen Plan ein, nämlich Deutschland von „kriminellen Ausländern“ zu befreien. Für solche Zwecke läßt sich die gesamte Runde gerne begeistern und so nimmt die Geschichte ihren brutalen Lauf.

Besonders erschütternd an diesem Buch ist die Realitätsnähe. Nur zu deutlich erinnert die fiktive Geschichte an den deutschen Alltag. Die Kälte, das Desinteresse und die Brutalität, mit der gegen ein vermeintlich fremdes Kind vorgegangen wird. Die Brutalität in den Taten Lucys wirkt lächerlich im Vergleich zur Skrupellosigkeit der öffentlichen Meinung. Besonders tragisch ist dies, da Lucys Eltern ursprünglich aus Nigeria flohen, um nicht Opfer der Grausamkeiten eines Bürgerkriegs zu werden. „German Angst“ ist das Gefühl, was vom Buch vermittelt wird. Angst vor einer Gesellschaft, die Menschen nicht mehr als Menschen kennt, sondern nur noch in „nützlich“ und „unnützlich“ klassifiziert. Angst, die einen beschleicht, da wir schon hier und heute in einer solchen Gesellschaft leben. So findet das Drama nicht

umsonst sein eigentliches Ende vor einer Werbetafel mit dem eindringlichen Satz: „Die Zukunft des Jahrhunderts ist jetzt“.

Jochen Schwenk

Friedrich Ani: *German Angst*, Droemer 2000, ISBN: 3-426-19543-7, DM 44,90.



## *Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999*

Kürzlich wurde am Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien in Potsdam eine Studie des 1924 in Chemnitz/Sachsen geborenen Autors Adolf Diamant vorgestellt. Diamant dokumentiert darin die bekannt gewordenen Schändungen jüdischer Friedhöfe in Deutschland von 1945 bis 1999. Seine Quellen sind Berichte des Innenministeriums, Zeitungsmeldungen, Publikationen anderer Autoren sowie Mitteilungen von Friedhofs-Angestellten. In seinem Privatarchiv hat er rund 300.000 Archivalien zusammengetragen. Detailliert listet Diamant Datum, Ort und Art der Schändung, Täter, soweit bekannt, und seine Quellen auf.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges sind nach Diamants Forschungen etwa 1000 jüdische Friedhöfe geschändet worden. Dabei erhebt die Studie allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit, viele Schändungen von jüdischen Friedhöfen werden stillschweigend umgehend beseitigt, ohne daß Strafanzeige gestellt wird. Eine Informationspflicht an die zuständigen Behörden besteht nicht. Von einer hohen Dunkelziffer ist daher auszugehen.

Das Ende der Barbarei des Nationalsozialismus bedeutete keinesfalls das Ende des Judenhasses. So wurden zwischen 1945 und 1948 in Deutschland 26 jüdische Friedhöfe geschändet. Seit Mai 1945 kam es mehr oder weniger kontinuierlich zu solchen Anschlügen. In den 50er und 60er Jahren kam es durch-

schnittlich zu ca. 10, in den 70er Jahren zu ca. 19, in den 80er Jahren zu knapp 17 Schändungen jüdischer Friedhöfe pro Jahr. Seit der Wiedervereinigung 1990 hat die Zahl hingegen stark zugenommen, im Durchschnitt kam es in den 90er Jahren jährlich zu ca. 40 Schändungen.

Leider ist es der Studie von Diamant nicht problemlos zu entnehmen, wie sich die Häufigkeit der Friedhofsschändungen in BRD und DDR unterscheiden. In seiner Tabelle führt er zwar Fälle in Karl-Marx-Stadt, Halle, Berlin-Ost u.a. auf, ein Vergleich zwischen den beiden deutschen Staaten ist aber so kaum möglich. Dies liegt auch daran, daß die Angaben über Friedhofsschändungen in der DDR stark schwanken. Die Angaben über die Anzahl von 1945 bis 1980 liegt z.B. zwischen 26 und 100. Erst ab 1989 läßt sich genauer sagen, daß in den neuen Bundesländern von Ende 1989 bis zum 31.12.1999 rund 75 Fälle gegenüber rund 270 Fällen in den alten Bundesländern registriert wurden. Bei der regionalen Verteilung fällt auf, daß gerade dort eine besonders hohe Zahl von Schändungsfällen zu verzeichnen ist, wo ausgeprägt völkische und antisemitische Einstellungen, wie in den bäuerlich und kleinbürgerlich geprägten Regionen Hessens, eine lange Tradition haben.

In einem Vergleich zwischen der Schändung christlicher und jüdischer Friedhöfe läßt sich feststellen, daß der Anteil der geschändeten jüdischen Gräber bezogen auf die geringe absolute Anzahl jüdischer Gräber erschreckend hoch ist und mit weit größeren Zerstörungen verbunden ist. Die Zahl jüdischer Friedhöfe, 1.300 in den alten, 200 in den neuen Bundesländern, macht nur einen Bruchteil aller Friedhöfe in Deutschland aus. Interessant ist, daß es mehrere große Versicherungsgesellschaften in Deutschland ablehnen, Grabstellen auf jüdischen Friedhöfen gegen Schändungen zu versichern.

Die Täter bleiben in den meisten Fällen unerkannt. Diamant kommt zu dem Schluß, daß kaum ein Drittel der Friedhofsschänder gefaßt und von Gerichten verurteilt worden ist. Das Bundesministerium des Innern beteiligt sich dabei an der Verharmlosung dieser Taten. In die Statistik rechtsextremistischer Straftaten wird die Schändung jüdischer Friedhöfe nur aufgenommen, wenn sie einen „eindeutig“ rechtsextremistischen Hintergrund aufweisen. „Wenn z.B. Grabsteine umgeworfen oder zerstört werden, ist dies für den Bundesminister des Innern (BdI) noch kein Beweis, daß eine rechtsextremistische Handlung vorlag. Derartige Schändungsfälle werden nicht in den Berichten des BdI aufgeführt.“ Diese Vorgehensweise

ist in höchstem Maße ignorant, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno haben schon in den 40er Jahren argumentiert, daß „die Verwüstung der Friedhöfe keine Ausschreitung des Antisemitismus [ist], sie ist er selbst.“ Es braucht kein wie auch immer geartetes antisemitisches Motiv, um einen jüdischen Friedhof zu schänden, die Schändung eines jüdischen Friedhofes ist per se antisemitisch.

Andreas Klärner

*Adolf Diamant: Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999. Verlag für Berlin-Brandenburg, ISBN 3-935035-03-9, DM 29,80.*

### *Enzyklopädie der DDR*

Die „Enzyklopädie der DDR“, Band 32 der Digitalen Bibliothek aus dem Hause Directmedia, vereinigt drei Standardwerke der DDR-Forschung auf einer CD-ROM. Das bislang nur für Bibliotheken erschwingliche „Biographische Handbuch der SBZ/DDR“, erschienen im K.G.Saur Verlag 1996/1997, das 1994 im Rowohlt-Verlag erschienene von Andreas Herbst und anderen herausgegebene Lexikon der Organisationen und Institutionen der DDR und die 3. Auflage des längst vergriffenen, unter der Leitung von Hartmut Zimmermann erstellten „DDR-Handbuchs“ der Bundesregierung aus dem Jahre 1985.

Mit Hilfe eines feingegliederten Registers, komfortabler Suchfunktion und Seitenkonkordanz zu den gedruckten Ausgaben lassen sich im gesamten Textbestand gezielt Informationen über Institutionen und Organisationen der DDR, ihre Repräsentanten, Bürger und Gegner abfragen. So kann man unter anderem herausfinden, daß auch die grandiosen Steigerungen des Industrieroboterbestands von 160 (Anfang 1980) auf 32.000 (Dezember 1983) und der unermüdlische Einsatz von Angela Dorothea Merkel als wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZI für physikalische Chemie der Akademie der Wissenschaften (1978 bis 1990) die DDR nicht vor dem Untergang retten konnten. Mehr als 4.500 biographische Artikel, eine Chronik der DDR von 1945-1990 und eine Vielzahl statistischer Übersichten, Grafiken und Karten im Abbildungsteil machen die „Enzyklopädie der DDR“ zu einem unverzichtbaren und mit einem Preis von 99,- DM günstigen Nachschlagewerk für jeden an der Geschichte der DDR Interessierten. gk

*Enzyklopädie der DDR. CD-ROM, Directmedia Publishing, ISBN 3-932544-44-7, DM 99,-*

# Unser aller Gott, der Markt

*Bemerkungen über die neoliberale Weltbeglückung. Von Daniel Metzger*

In der Tat ist Globalisierung eine moralische Frage, nämlich die nach der Linderung von Armut und Not. (DIE ZEIT, 28. September 2000)

Der Markt ist überall. Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus und den damit einhergehenden Heilserwartungen vom „Ende der Geschichte“ und der „neuen Weltordnung“ wird auf allen gesellschaftlichen Ebenen der Markt propagiert und durchgesetzt. Von Finanzkrisen wie in Asien 1997/98 kaum irritiert, transportieren die, selbst von Konzernen gelenkten und von deren Anzeigenetats abhängigen, Mainstream-Medien die herrschende neoliberale Lehre von den Segnungen des Markts. Der Markt ist hier der Weg, das Ziel, der Richter, bedeute Freiheit und Demokratie. Er befördere mittels Globalisierung die Vereinigung der Welt in Wohlstand und Frieden.

**E**in Beispiel für blinde Marktgläubigkeit und den ideologischen Erfolg des Kapitalismus ist die mediale Bewertung der Globalisierung, also der durch den liberalisierten und deregulierten Weltmarkt beschleunigten Verflechtung der Weltökonomie. Globalisierung wird als eine Art Naturereignis begriffen. Wenn Kritik überhaupt vorkommt, dann als ein Nachdenken über Chancen und Risiken der Globalisierung, nicht jedoch an dem Prozeß als solchem. Konstatiert und bedauert wird oft der schwindende Einfluß des Staates auf die sich entfaltende Konzernmacht, staatliche Institutionen und Regulationen werden als Opfer der Globalisierung gesehen. Diese Entwicklung sei aber alternativlos.

In den meisten Medien wird Kritik jedoch höchstens im Feuilleton zugelassen, es dominiert eine Art Selbstzensur. Man hat sich seit Jahren auf die Rezepte des Neoliberalismus eingeschworen – mehr Markt, weniger Staat, Privatisierung, Deregulierung von arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Gesetzen, Handelsliberalisierung. Die weltweiten Folgen, ein globalisierter und aggressiver Markt mit seinen sozialen Verwerfungen, werden schön geredet.

Selten geschieht dies auf so verblüffend schlichte und naive Weise wie in dem Artikel aus der Zeit vom 28.09.00. Er ist als Antwort gemeint auf die Kritiker der Globalisierung, die in Seattle und Prag gegen die Welthandelsorganisation (WTO) mobilisierten. Als Beleg für den Segen des Freihandels wird eine ver-

gleichende Statistik aller Länder präsentiert, die die Rechnung „je offener eine Wirtschaft, desto höher ihr Pro-Kopf-Einkommen“ aufmacht. Besonders die Schwellenländer in Südostasien hätten von ihrer ökonomischen Öffnung profitiert. Nutznießer davon seien nicht (nur) die heimischen Eliten und Global Player, sondern gerade die einfachen Arbeiter, denen die höheren Löhne und verantwortungsbewußteren Produktionsbedingungen bei Multis wie Nike zugute kämen: „rasch stellt sich dann heraus, dass ein Job bei einem Multi für den Drittweltarbeiter ein Glücksfall ist“. Das Plädoyer für die Globalisierung wird mit „Ein Segen für die Armen“ betitelt und ihre Durchsetzung zu einer Frage der Moral erklärt.

Es zeigt sich die argumentative Not, aber auch Dreistigkeit, wenn der Nutzen von Markt und Freihandel nicht (wie sehr oft) als Axiom gesehen, sondern bewiesen werden soll. Reiche und vom Freihandel profitierende Länder, wie die USA, mit einem, seine heimische Wirtschaft mit Zöllen u.a. mühsam schützenden, Drittweltland zu vergleichen und das extrem unterschiedliche Pro-Kopf-Einkommen dann als Beweis für den Nutzen des Freihandels zu nehmen, ist absurd und vertauscht Ursache und Wirkung. Und gerade die Länder in Südostasien gerieten im Zuge der weltweiten Finanzkrise vor zwei Jahren in eine tiefe Rezession. Die dort vorher kaum vom Boom profitierende Mehrheit der Menschen lebt in größerer Not als zuvor, die Unruhen und sozialen Verwerfungen beispielsweise in Indonesien oder auf den Philippinen sorgen noch heute für Schlagzeilen.

Von einem „Segen für die Armen“ zu reden ist zynisch: die Großkonzerne verdrängen mit ihrer Marktmacht in einem liberalisierten Dritte-Welt-Markt zuallererst das dort vorhandene Gewerbe und lassen diesem keine Chance, sich zu entwickeln; Länder in Lateinamerika, Asien und besonders Afrika werden abhängig von Gütern der ersten Welt. Durch notwendig werdende Kreditaufnahmen bei Weltbank und IWF geraten sie in die Schuldenfalle: um als kreditwürdig zu gelten, bekommen sie sogenannte Struktur-anpassungsprogramme verordnet, welche weitere Handelsliberalisierung, Deregulierung, Spezialisierung auf bestimmte Rohstoffe und Abbau von sozialen Rechten und Leistungen bedeuten. Durch diese „Medizin“ verschlechtern sich die eigenen wirtschaftlichen

Bedingungen noch weiter, ebenso wie die „Terms of Trade“ - die Rohstoffe werden billiger, nicht zuletzt, weil die Produzenten im Süden gegeneinander ausgespielt werden.\* Der Wert einer in der dritten Welt geleisteten Arbeitsstunde wird im Weltmaßstab damit immer geringer - so wundert es nicht, daß Großkonzerne bei niedrigstem Lohnniveau spielend mit vergleichsweise hohen Löhnen locken können, ihren immensen Gewinnspannen schadet das nicht. Devisen für die teurer werdenden Produkte der Industrieländer können immer weniger erwirtschaftet werden, weitere Schulden und eine noch weitergehende Anwendung der gleichen neoliberalen Rezepte sind die Folge.

**W**TO, IWF und Weltbank sind wirtschaftspolitische Organisationen insbesondere der Industrieländer. Diese und andere internationale Organisationen setzen sich für die Öffnung der Märkte ein und treiben die Globalisierung voran, diese Staaten sind somit nicht deren oft behauptete Opfer, sondern (Mit-) Verursacher der Globalisierung. Auch die Maastricht-Kriterien, die die EU-Staaten zu Inflationsbekämpfung, Sparsamkeit und damit zu Kürzung von Sozialausgaben nötigen, sind von diesen selbst gesetzt. Ohne Not werden sie sogar übererfüllt und damit politische Spielräume preisgegeben. Die bedingungslose Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter Markt und Wettbewerb ist historisch gesehen auch im Westen alles andere als selbstverständlich und nur durch eine unterschwellige religiöse Dimension der neoliberalen Ideologie zu erklären. Die „freie Marktwirtschaft“ sei alternativlos und wird die „beste aller Welten“ genannt. Doch die gegenwärtige Ordnung der Welt als die bestmögliche zu bezeichnen, ist irrational und fundamentalistisch angesichts krasser Widersprüche und keinesfalls bestmöglicher Ergebnisse.\*\*

Der Markt steht in der welterklärenden Rhetorik der herrschenden Meinung an der Stelle, die einstmals mit „Gott“ besetzt war. Dem Markt ist Gehorsam geschuldet, wer sich marktwidrig verhält, wird vom Markt bestraft. Die scheinbare Naturgesetzlichkeit seiner Mechanismen führt zu einer quasireligiösen Unterwerfung unter die höhere Macht, zu Einsicht in die „Weltgegenbenheiten“. Einer Ideologie der Ideologielosigkeit wird gehuldigt, nicht das, was sein könnte, die Utopie, leitet das Handeln, sondern das, was ist, die „Fakten“. Die neoliberale Doktrin spricht dem menschlichen Handeln den politischen Willen, die Freiheit der Entscheidung ab, ironischerweise im Namen einer „freien“ Marktwirtschaft.

Was bedeutet die Radikalisierung des Marktes für den Staat? Der Rückzug und die Schwäche des

\* Eine Ausnahme sind gegenwärtig die Preise für Öl. Hier ist es dem OPEC-Kartell gelungen, den Spieß umzudrehen und gegenüber den Industrieländern die Preise vergleichsweise hoch zu halten. Praktisch alle anderen Rohstoffe, von Aluminium über Eisenerz bis zum Kaffee, haben im Weltmarkt stetig an Wert verloren.

Staates betrifft keinesfalls seine repressiven Funktionen (Law and Order) sondern vor allem die „linke Hand“ des Staates, seine öffentlichen, sozialen Bereiche. Deren Entstehung hat dialektischen Charakter:



der Sozialstaat bedeutet sowohl Systemstabilisierung als auch emanzipatorische Idee, er ist, wie es der Theoretiker Heimann in den zwanziger Jahren nannte, ein „konservativ-revolutionäres Doppelwesen“. Mit seinem Solidarprinzip ist er „Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft, die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus.“

Der soziale Staat ist heute in zweifacher Hinsicht von neoliberaler Ideologie bedroht: einerseits von außen, seine finanziellen Ressourcen werden beschnitten und ehemals öffentliche, gemeinnützige Bereiche des Staates privatisiert und der öffentlichen Kontrolle entzogen (Bahn, Post, Stromversorgung etc., eventuell bald Sparkassen und der öffentlich-rechtliche Rund-

\*\* Ein Beispiel aus den wirtschaftlich boomenden USA: die dortige niedrige Arbeitslosenrate wurde mit dem Phänomen der „working poor“ erkaufte, über 21 Millionen AmerikanerInnen waren 1997 auf Nahrungsbeihilfen angewiesen, davon hatten fast 40% einen regulären Job (FR 12.3.1998). Ein anderes bekanntes Beispiel: die 358 reichsten Menschen besitzen soviel Vermögen wie die 45 ärmsten Prozent der Weltbevölkerung, d.h. 2,3 Milliarden Menschen. (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, UNPD, 1996)

funk). Andererseits verändert er selbst seine innere Struktur. Nicht mehr eine emanzipatorische oder wenigstens kompensatorische Sozialpolitik wird angestrebt, sondern eine kompetitorische, d.h., am Wettbewerb orientierte. Das Neue Steuerungsmodell in der Kommunalverwaltung mit „Kosten-Leistungs-Rechnung“ und „leistungsorientierter“ Mittelvergabe und seinem Leitbild vom „Konzern Stadt“ machen dies deutlich. Auch die Hochschulen werden zunehmend marktförmig zugerichtet, kommerzialisiert und nach den Erfordernissen der Wirtschaft umgestaltet, auf Kosten einkommensschwächerer Bevölkerungsteile und unabhängiger Forschung und Lehre.

Es heißt, „wir“ müssten auf dem „Weltmarkt wettbewerbsfähiger“ werden, die Hochschulen und Schulen dem Standort Deutschland dienen. So verändert die Wettbewerbslogik sowohl innere Struktur als auch gesellschaftliche Stellung und Bedeutung der Bildungseinrichtungen – und den öffentlichen Sektor insgesamt. Die Ökonomisierung der Gesellschaft dringt gleichsam bis in ihre letzten Poren. Damit wird der eigentliche Sinn der öffentlichen und sozialen Bereiche, notwendig als Gegenprinzip im Kapitalismus geschaffen, ad absurdum geführt.

Der Markt verändert zunehmend das menschliche Leben auch auf individueller Ebene. In Kategorien wie Partnermarkt und Vermarktung der Person als „Eigenmarke“ lösen sich bisherige Identitätsmuster auf. Der Zwang, sich den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarkts, zuletzt der „New Economy“ mit ihren extrem flexibilisierten Arbeitsbedingungen, anzupassen, läßt eine langfristig angelegte Identitätswertung nicht mehr zu.

„Die kapitalistische Reise endet mit der Nutzbarmachung der menschlichen Natur selbst“, wie der amerikanische Zukunftsforscher Jeremy Rifkin in Zusammenhang mit der Tendenz, sich in Dienste einzukaufen, zu leasen und Mitglied in kommerziell geschlossenen statt öffentlichen Organisationen zu sein, schreibt. Er sieht eine vollkommene „Ökonomisierung des Menschen, seiner Beziehungen und Bedürfnisse“ heraufziehen und befürchtet ein Verschlingen verbliebener kultureller Ressourcen durch die neuen Kräfte des Kapitalismus.

Der Markt als allumfassendes, also totalitäres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Ob die kapitalistische Reise tatsächlich hier endet? Optimisten aller Länder, sagt, daß es anders kommt.

## Uni-Streik in Mexico – Momente einer studentischen Bewegung

*Im letzten Jahr traten Tausende Studierende der Universidad Nacional Autonoma de Mexico (UNAM), der größten staatlichen Universität Mexikos mit ca. 270.000 StudentInnen, in den Streik. Zwei Mitglieder des Streikrates, Julia Escalante de Haro und Ricardo Cayetano Martinez zeigten dieses Jahr in vielen deutschen Städten den Videofilm Uni-Streik in Mexiko – Momente einer studentischen Bewegung und diskutierten über die Bedeutung des Aufstands.*

Das Recht auf kostenfreie Bildung stand im Mittelpunkt der Forderungen der seit Jahren bedeutendsten politischen Jugendbewegung in Mexiko-Stadt, deren Widerstand symbolisch für die Kämpfe gegen eine marktkonforme Zurichtung öffentlicher Bildung in vielen Ländern steht. Entzündet hatten sich die Proteste im April letzten Jahres am Vorhaben des Rektors der UNAM, die Studiengebühren von wenigen Pfennigen auf 300 DM pro Jahr zu erhöhen und außerdem die Benutzung von Computern, Laboren und Bibliotheken mit Kosten zu belegen. Die Mehrheit der Studierenden kann jedoch nicht einmal das Geld aufbringen, um die Unterrichtsmaterialien und Bücher zu kaufen. Das Recht auf kostenlose Bildung, das in der revolutionären Verfassung Mexikos von 1917 explizit festgeschrieben wurde, steht für das Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit und Demokratisierung eines Systems, in welchem vormals sozialer Aufstieg nur bereits privilegierten Schichten vorbehalten war.

In Mexiko leben 40 Prozent der Bevölkerung von einem Einkommen von weniger als zwei Dollar pro Tag. 57 Prozent der Arbeitenden in Mexiko stehen als fliegende Händler, Fensterputzer oder Tagelöhner in informellen Arbeitsverhältnissen. Staatliche Universitäten ermöglichten bisher, daß auch Studierende, die unter diesen Bedingungen ihr Studium organisieren müssen, in den Genuß universitärer (Aus-) Bildung kamen. Vor dem Hintergrund neoliberaler Wirtschaftsreformen im Rahmen der Neuen

Weltordnung seit Ende der 80er Jahre verarmen breite Schichten der Bevölkerung und es findet eine schrittweise Umstrukturierung des mexikanischen Staates vom „Sozial“- zum „Sicherheitsstaat“ statt. Beispielsweise wird mit hohen Aufwendungen die mexikanische Armee aufgerüstet, um im Süden des Landes Guerilla-Organisationen zu bekämpfen.

Konsequenterweise stellte sich die studentische Bewegung von Beginn an nicht nur gegen die befürchtete Privatisierung der Universität, sondern umfassender gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung. Deshalb bildete sich um die Streikbewegung eine breite Allianz unterschiedlicher sozialer Bewegungen, die von den Zapatistas aus Chiapas bis zu den Angestellten der von Privatisierung bedrohten Elektrizitätsgesellschaft reichte.

Bereits kurz nach Beginn der Streikbewegung an der UNAM weiteten die Studierenden ihre Forderungen aus. Sie erarbeiteten einen 6-Punkte-Katalog, der neben dem Verzicht auf Gebührenerhöhung auch die Rücknahme von Zulassungsbeschränkungen, die Auflösung des repressiven universitätsinternen Polizeiapparates und die Einrichtung einer demokratischen und entscheidungsbefugten Versammlung beinhaltete, die unter Beteiligung von Studierenden, Lehrenden, Hochschulleitung und -angestellten eine Reform der UNAM erarbeiten sollte.

Über beinahe zehn Monate hinweg konnten die Streikenden den zentralen Campus der UNAM sowie Dutzende Schulen, die der Universität angegliedert sind, besetzt halten. Fast ein Jahr lang wohnten, arbeiteten und kämpften die BesetzerInnen zusammen in den Instituten. Zu Demonstrationen konnte die Bewegung mehrere Zehntausend Menschen mobilisieren. Mit dem Allgemeinen Streikrat (CGH) schufen sich die Streikenden eine Delegiertenversammlung. An den CGH-Versammlungen nahmen durchschnittlich etwa tausend Delegierte der verschiedenen Fachbereiche teil, die jede Woche die Beschlüsse ihrer Vollversammlungen in den CGH und die Beschlüsse des CGH an ihre Institute trugen.

Statt auf die Forderungen der Streikenden einzugehen, setzte die mexikanische Regierung auf Teilangebote und Repression, um die Bewegung zu brechen. Prügelorgien brutaler Polizeikräfte, Entführungen von AktivistInnen der Bewegung und eine Hetzkampagne der meisten Medien – unter dem Einfluss der jahrzehntelang regierenden Staatspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) – konnten die Studierenden aber nicht mundtot machen. Die Studierenden wurden in der Öffentlichkeit als eine kleine radikale Minderheit und als Randalierer dargestellt.

Am 6. Februar setzte die Regierung 2000 Spezialpolizisten der PFP-Einheit (Präventive Bundespolizei), die sich aus Armeesoldaten rekrutiert, gegen den CGH ein. Im Morgengrauen überfielen sie die noch tagende Sitzung und nahmen fast tausend Mitglieder des CGH fest. Nur gegen hohe Kautionen wurden sie später wieder freigelassen. Für die meisten folgten langwierige, zum Teil noch andauernde, Verfahren und kostspielige Gerichtsprozesse. Die absurden Anklagepunkte lauteten „Sabotage“ und „Sachbeschädigung“, sogar „Terrorismus“ wurde einigen vorgeworfen.

**T**rotz der Repressionswelle ging der Widerstand weiter. Bereits wenige Tage nach der Räumung demonstrierten in Mexiko-Stadt 150000 Menschen für die Freiheit der politischen Gefangenen; seither kommt es immer wieder zu Mobilisierungen und zu Solidaritätsaktionen von Gewerkschaften sowie anderen sozialen Bewegungen. Ende April wurde der Unicampus wieder von 5000 PFP-Polizisten belagert.

Zu den Gründen, warum der Streik am Ende abflaute und der Staat eingreifen konnte, kann folgendes gesagt werden: Der Staat setzte auf die Taktik des Wartens, Schweigens und Zermürbens, um die Studierenden nach monatelangem Streik – 10 Monate sind zweifellos eine lange Zeit – innerlich spalten zu können. Dabei spielte die innere Zerrissenheit der verschiedenen Fraktionen eine nicht zu übersehende Rolle. Auf die Angriffe des Staates hin radikalisierte sich die Bewegung, ohne jedoch einen ausreichenden Konsens für die Aktionen schaffen zu können. In den letzten Monaten des Streiks nahm als Folge davon die Zahl der aktiv streikenden Studierenden leicht ab. Damit bot sich die Gelegenheit für den Staat, endlich „durchgreifen“ zu können.

Der Kampf gegen die marktkonforme Zurichtung von Bildung, Studiengebühren, Elitebildung und Ausschluss von der Universität durch Zulassungsbeschränkungen ist international, denn auch in europäischen und anderen Ländern auf der Welt wird über eine Umstrukturierung des Bildungssektors diskutiert. Die Bewegung der Studierenden in Mexiko ist für viele ein Ansatzpunkt, um über internationale Entwicklungen im Bildungsbereich zu diskutieren und Solidarität aufzubauen. Schließlich stehen ihre Proteste auch für Kämpfe um soziale Gerechtigkeit und gegen Ausbeutung und dafür, daß kritische Reflexion gesellschaftlicher Bedingungen nicht nur als Luxus dem Bildungsbürgertum vorbehalten bleibt.

Hasta la vista amigos

# Einführung von Studiengebühren in Österreich

## *Vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS)*

Die österreichische Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ beschloß im September 2000 die Einführung von Studiengebühren ab Wintersemester 2001/02. Pro Semester sollen 5000 Schilling, ca. 710 DM, fällig werden – ab dem ersten Semester und für alle. Vom ersten Moment an entstand breite Ablehnung, sowohl unter den Studierenden als auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen: Die Oppositionsparteien SPÖ und Grüne sprachen sich ebenso gegen die Pläne aus wie zahlreiche Universitätsrektoren, SchülerInnenverbände und Gewerkschaften. Die Studierendenvertretungen organisierten am 11. Oktober einen österreichweiten Aktionstag. Den Höhepunkt stellte eine Großdemonstration in Wien dar, an der ca. 30000 Menschen, und damit über ein Viertel aller Studierenden der Hauptstadt, teilnahmen.

Auf Einladung der Fakultätsvertretung Geisteswissenschaften der Wiener Universität besuchten der Geschäftsführer des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS), Olaf Bartz, und der hochschulpolitische Referent des ASTA Uni Mainz, Dominik Rheinheimer, den Protesttag. In einem Redebeitrag bei der Auftaktkundgebung vor dem Universitätshauptgebäude in Wien bekundete Olaf Bartz im Namen des ABS die Solidarität der Studierenden aus der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesregierung erklärte am Tag nach den Demonstrationen, die auch an anderen Universitätsstandorten stattfanden, sie wolle an ihrem Kurs festhalten. Von besonderem Interesse wird daher sein, wie sich der Protest weiter entwickelt, ist er doch bislang äußerst heterogen.

Die Studierendenvertretungen (Österreichische Hochschülerschaft, ÖH) sind auf vier Ebenen organisiert: Fachschaften (in Österreich: Studienrichtungsververtretungen), Fakultäten, Universitäten und bundesweit. Im Gegensatz zur Situation in der BRD liegt der Hochschulbereich in Österreich ausschließ-

lich in der Kompetenz des Bundes, so daß keine Landesvertretungen der Studierenden notwendig sind. Ebenfalls im Unterschied zur BRD besteht zwar dort eine Organisationsform ähnlich der hiesigen Verfaßten Studierendenschaft, die aber in Österreich auch die Bundesebene mit einschließt. Die ÖH auf Bundesebene ist daher kein Dachverband der örtlichen Vertretungen, sondern ein eigenständiger Bereich. Zu allen vier Ebenen finden im Zweijahresrhythmus Wahlen an den Hochschulen statt, die im Frühjahr 2001 wieder anstehen.

Die ÖHs im Bund und an der Universität Wien werden zur Zeit von der Gruppierung Aktionsgemeinschaft (AG) gestellt, die der ÖVP sehr nahe steht. Dem Vernehmen nach erhielt sie bei der letzten ÖH-Wahl 1999 ca. 3 Millionen Schilling (ca. 425000 DM) von der Mutterpartei als Wahlkampfunterstützung. Die Argumentation der AG, in verschiedenen Publikationen und auf der Demonstration vorgetragen, beschränkt sich im wesentlichen auf die Kritik, die Regierungspläne seien konzeptlos und würden die erwarteten Einnahmen nicht erzielen.

Die Hochschulorganisation der FPÖ, der Ring freier StudentInnen (RFS), lehnt die Studiengebühren im Sinn der AG ab, das eher marginale LSF (Liberales StudentInnen-Forum, steht dem Liberalen Forum nahe, einer nicht im Nationalrat vertretenen Abspaltung von der FPÖ anlässlich deren Rechtskurs) präferiert einen Bildungsscheck gemäß den auch zirkulierenden Bildungsgutschein-Modellen.

Demgegenüber betonen die meisten anderen Akteure des Protestes die gesellschaftliche Bedeutung der Studiengebührenpläne und verbinden sie mit einer Gesamtkritik an der neoliberal ausgerichteten Politik von ÖVP und FPÖ. Neben verschiedenen Basisgruppen, Fakultäts-, und Studienrichtungsververtretungen sind hier die politischen Verbände VSStÖ (Verband sozialistischer StudentInnen Österreichs, SPÖ-nah), GRAS (Grüne & Alternative StudentInnen, Grünen-nah) und KSV (Kommunistischer Stu-

der StudentInnenverband, KPÖ-nah) zu nennen. An der Wiener Universität haben sich u.a. diese Organisationen zu einer Initiative ÖH-Basis für Bildung zusammengeschlossen.

Der Aktionstag in Wien zeigte deutlich, daß die AG entschlossen ist, jedweden gesellschaftlichen Bezug der Studiengebühren und der Proteste dagegen zu verneinen und diese Haltung offensiv umzusetzen. Repräsentierten die Redebeiträge bei der Auftaktkundgebung, die nicht von der ÖH organisiert worden war, noch die gesamte Breite des Protestspektrums, erhielten sowohl bei der Zwischenkundgebung vor dem Parlament als auch bei der Abschlußkundgebung auf dem Ballhausplatz vor dem Bundeskanzleramt nur solche RednerInnen das Wort, die die AG-Linie vertraten. Auch verhinderten die AG und der von ihr angeheuerte Security-Dienst auf der Abschlußkundgebung, daß eine Vollversammlung (in Österreich: HörerInnenversammlung) an der Uni Wien über das Mikrofon bekanntgegeben werden konnte. Nicht einmal ein Vertreter der Eisenbahngewerkschaft, die sich mit den Protesten solidarisiert und einen Demonstrationszug vom Westbahnhof zur Abschlußkundgebung organisiert hatte, durfte ein Grußwort sprechen. Die Haltung der AG diesbezüglich lautet, daß man sich nicht instrumentalisieren lassen wollte – die Solidarität mit der Mutterpartei ÖVP wiegt hier offensichtlich schwerer als die Chance, Bestand aus anderen gesellschaftlichen Bereichen zu erhalten. Der parlamentarische Beratungsprozeß über die Studiengebühren wird sich bis Dezember hinziehen, wenn die Haushaltsdebatte sich ihrem Abschluß

nähert. Die Regierung hat ein erstes Abfederungspaket beschlossen, das die Aufstockung der österreichischen Variante des Bafög um die zu entrichtenden Studiengebühren vorsieht. Dies gilt nur für die Zeit der Förderung, die, ebenso wie in der BRD, strikt beschränkt ist. Dementiert wurde, daß die Regierung plane, denjenigen StudentInnen, die in der Mindeststudienzeit ihren Abschluß erreichen, die Gebühren zu erlassen.

**W**eitere Reaktionen der Regierung auf die Proteste: Bildungsministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) kritisierte insbesondere, daß sich auch Lehrer, Professoren und Rektoren beteiligt hätten. Hilmar Kabas, Obmann der Wiener FPÖ, erklärte, die 5000 Schilling Studiengebühr seien geradezu vernachlässigenswert angesichts der Semesterbeiträge für Kindergartenplätze von bis zu 20000 Schilling. Finanzminister Karl-Heinz Grassler bekundete, die Studiengebühren nicht primär aus Budgetgründen einführen zu wollen: Das fiskalische Moment hätte nicht im Vordergrund gestanden; ihm sei es vielmehr darum gegangen, in einen bislang geschützten Bereich Leistungs- und Wettbewerbsorientierung hineinzubringen.

Bisher war nur von Universitäten die Rede, auch das Gebührengesetz erwähnt nur diese. In Österreich gibt es durchaus auch Fachhochschulen, die aber eine weitaus geringere Rolle spielen als etwa in der BRD. Immerhin schafften die Fachhochschüler aus Eisenstadt ein Novum: Sie organisierten die erste Studentendemonstration in der Geschichte des Burgenlandes.

#### Weitere Informationen im Netz:

Offizielle Seite der Bundes-ÖH

[www.oeh.ac.at/](http://www.oeh.ac.at/)

Fakultätsvertretung Geisteswissenschaften Uni Wien

[www.univie.ac.at/fv\\_gewi/](http://www.univie.ac.at/fv_gewi/)

Fakultätsvertretung Grund- und Integrativwissenschaften Uni Wien

[www.fvgruwi.univie.ac.at/aktuelles/](http://www.fvgruwi.univie.ac.at/aktuelles/)

Verband sozialistischer StudentInnen Österreichs

[www.vsstoe.at](http://www.vsstoe.at)

Kommunistischer Student.inn.enverband Uni Wien

[www.univie.ac.at/ksv/](http://www.univie.ac.at/ksv/)

# Die Ökonomie der Bildung

*Die Betriebswirtschaftslehre als neue Leitdisziplin der Universität:  
Wie Studenten und Hochschulen ihre eigene Verwertung organisieren.  
Von Christian Brütt*

Was macht ein Staat, der „von seinen Köpfen, nicht von seinen Rohstoffen“ lebt, wie es in einer Erklärung der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) kürzlich zu lesen war? Ganz einfach: Er investiert in die Ausbildung der eigenen Kinder oder er greift sich den bereits geschulten Nachwuchs auf dem internationalen Markt. Die Greencard ist der deutsche Einstieg in den Wettbewerb um die besten Köpfe auf globaler Ebene. Das alleine reiche aber nicht, meint die BDA. Um die Nachfrage zu befriedigen, müsse die schwierige Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt vor allem als ein Qualifikationsproblem angesehen werden.

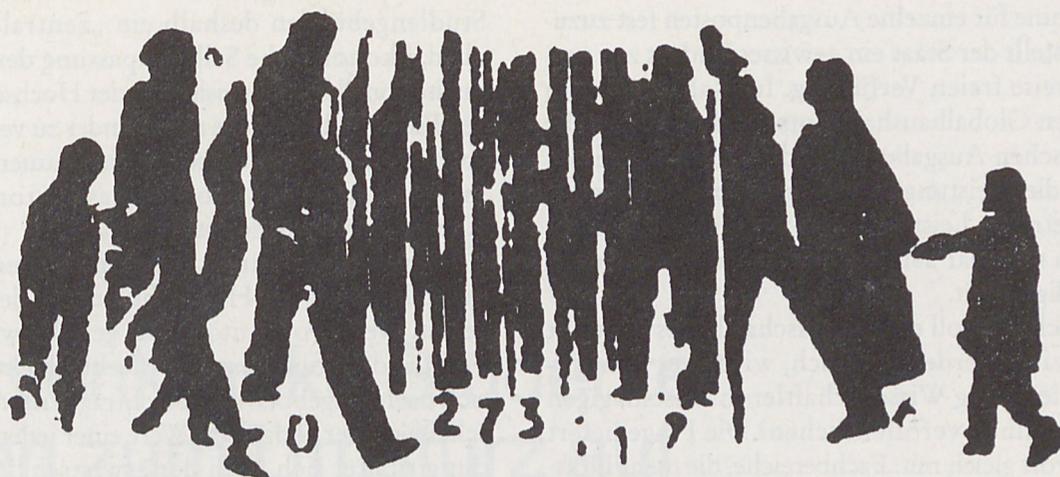
„Viel zu viele gering qualifizierte Arbeitslose auf der einen Seite und dafür immer dringender gesuchte Fachkräfte auf der anderen Seite“ kennzeichnen aus Sicht der BDA den hiesigen Arbeitsmarkt. „Eine wesentliche Ursache liegt in unserem Bildungssystem, das nur noch zweiklassig ist.“ Deutschland fehle es überall am Wettbewerb: in und zwischen den Hochschulen, in der Wissenschaft und unter den StudentInnen.

**D**ynamisch-flexible Arbeitskraft-UnternehmerInnen sollen sie einmal werden. Doch „eigentümlich ist zunächst die Situation des Studenten, weil er halb erwachsen ist, halb nicht erwachsen sein darf“. Obwohl vor knapp 40 Jahren geschrieben, hat diese Feststellung auch heute noch sozial- und familienrechtliche Gültigkeit. Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg, Christoph Oehler und Friedrich Wetzl untersuchten damals den „politischen Habitus“ der Studenten und veröffentlichten ihre Ergebnisse unter dem Titel „Student und Politik“. Während nach 1968 bis in die neunziger Jahre Studien mit ähnlichen Titeln vor allem um die Frage kreisten, wann die Studierenden wieder den Aufstand proben, würde dieses Thema heute eher ein müdes Lächeln hervorrufen. Statt um das Verhältnis von Studenten und Politik dreht sich heute alles um die Verbindung von Universität und Wirtschaft.

Studienanfänger gelten heute wieder als unpolitisch und sie haben andere Sorgen, als sich um das Elend der Welt zu kümmern. Der so genannte Normalstudent aktueller Sozialerhebungen lebt außerhalb des Elternhauses, ist ledig, befindet sich im Erststudium und plagt sich mit Leistungssorgen, die von A wie Arbeitslosigkeit nach dem Studium bis Z wie Zulassung zur nächsten Prüfung reichen.

Mit den vielzitierten Humboldtschen Idealen der Freiheit der Wissenschaft, der Einheit von Forschung und Lehre und des Primats der Bildung vor beruflicher Ausbildung haben Hochschulen des Jahres 2000 nichts mehr zu tun. Für Humboldt war die Universität ein Ort totalitätsstiftender Kraft der Wissenschaften unter Führung der Philosophie. Dort, wo die Einheit von Wissenschaft und Moral, von Wissenschaft und Aufklärung, von Wissenschaft und individueller Persönlichkeitsbildung anzutreffen sei, sollte die Kultur im Ganzen reflektiert werden. Humanistische und staatsnützliche Bildung kennzeichneten die „kulturstaatlich verfasste Ordinarienuniversität“, die als Leitbild vom 19. Jahrhundert bis zum Ende der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts dominierte. Sie war geprägt vom Übergang des feudalen Absolutismus zum bürokratischen Kapitalismus.

Der Marburger Sozialwissenschaftler Andreas Keller hebt in seiner Dissertation über die Verfasstheit deutscher Universitäten hervor, das „Humboldtsche Bildungsideal“ könne kein Bezugspunkt emanzipatorischer Bildungspolitik sein, da es unmissverständlich in das Denken der „Ordinarienuniversität“ eingebettet sei. Autonomie stand hier zwar hoch im Kurs, doch war diese verbunden mit einer hierarchisch organisierten Institution, an deren Spitze wenige Professoren amtierten. Universitäten waren primär staatliche Ausbildungsanstalten und finanziell vom Staat abhängig. „Die Wissenschaft wurde sowohl als ein System mit eigener Zweckbestimmung und Sachlogik als auch als integraler Bestandteil staatlichen Handelns verstanden“, schreibt Keller.



Auch die bis in die neunziger Jahre vorherrschende staatlich regulierte, von den Professoren dominierte Gruppenhochschule hat wenig mit dem zu tun, was heute als Widerpart allgegenwärtiger Ökonomisierung der Bildung hoch gehalten, verteidigt oder geschmäht wird. Ende der sechziger Jahre mangelte es der deutschen Wirtschaft an akademischen Fachkräften. Dieses Defizit sollte durch gezielte Förderung von Arbeiterkindern ausgeglichen werden. 1970 wurden Studiengebühren (das so genannte Hörergeld) abgeschafft und 1972 trat das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) in Kraft. Das ökonomische Kalkül der Bildungspolitik war mit dem Anspruch von „Bildung als Bürgerrecht“ verknüpft.

StudentInnen bildeten – im hierarchischen Sinne des Wortes – eine Gruppe unter anderen, sie waren jedoch als Mitglieder der Hochschule grundsätzlich anerkannt. Unter der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung strebten sie nach Festigung und Ausbau ihres inneruniversitären Status. Mit dem Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 wurde den formalen Demokratisierungsbemühungen ein ebenso formales Ende gesetzt. Seitdem gelten Professoren qua Amt, Würde und grundgesetzlicher Autorität als Wahrheitsträger wissenschaftlicher Erkenntnis – die paritätische Gruppenuniversität war klinisch tot. Der „Traum immerwährender Prosperität“ (Burkart Lutz), der seit dem so genannten Wirtschaftswunder die BRD beherrschte, erwies sich mit der ökonomischen Krise 1973/74 als kurzes historisches Zwischenspiel. Von der erstmals seit zwanzig Jahren wieder auf über eine Million gestiegenen Arbeitslosenzahl wurden 1975 auch Akademiker erfasst. In den folgenden zehn Jahren wuchs die bis dato faktisch bedeutungslose Arbeitslosigkeit dieser Gruppe drastisch an, 1998 waren rund 200000 Akademiker arbeitslos.

Von hochschulpolitischer Bedeutung war dabei der Öffnungsbeschluss von 1977: Formal sollten die Hochschulen für alle offen gehalten werden, allerdings ohne weiteren Hochschulausbau. Dieser Doppel-

beschluss – offen für alle, aber ohne entsprechende Finanzierung – erwies sich als Anfang der letzten sozialstaatlichen Initiative im Bildungssektor und gebar ein Schlagwort, das die Hochschulpolitik der achtziger Jahre prägte: das „Überlastproblem“. Das heißt: Zwei StudentInnen teilen sich einen Studienplatz. Halb Kind, halb erwachsen und schon eine hochschulpolitische Überlast – so sahen für Studierende die achtziger Jahre aus.

**I**n den Neunzigern kam alles anders. Das studentische Subjekt wurde wieder entdeckt und zu nächst rhetorisch mit neuer Souveränität ausgestattet. Vom Mitglied der Gruppenuniversität zum Kunden der Hochschule und Lebenslaufmanager mit aktiver Selbstveredelungsstrategie – aus dem universitären Staatsbürger sollte ein marktbewusster Wirtschaftsbürger werden. Torsten Bultmann, bildungspolitischer Experte des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi), beschreibt den Hintergrund dieses Wandels als „Übergang vom ‚Überlast‘ zum ‚Effizienzproblem‘“.

Effiziente Mittelverwendung, Entbürokratisierung und – als Leitbegriff – „Autonomie“ sind per se keine neoliberalen Ungehörigkeiten. Erst die Definition dieser Ziele, also welche Strukturen die staatlich-bürokratischen ablösen und woher eine autonome Hochschule künftig ihre Gelder bezieht, macht die Diskussion problematisch. Im Unterschied zur Situation zu Zeiten der sozialdemokratischen Bildungsreform ist die Wirtschaft nicht mehr allein äußerer Bezugsrahmen der Bildungspolitik. Vielmehr sollen ökonomische im Sinne von betriebswirtschaftlichen Strukturen direkt im Inneren der Institutionen die (Aus-) Bildung des Humankapitals steuern.

Vollkommen neue Beziehungen der Hochschule zu Staat, Gesellschaft und StudentInnen kennzeichnen diesen Transformationsprozess. Bultmann bezeichnet das neue Leitbild als „standortgerechte Dienstleistungshochschule“. Globalhaushalte ersetzen die althergebrachte Kameralistik. Die Grundidee ist

simpel: Anstatt den Hochschulen eine zuvor berechnete Summe für einzelne Ausgabenposten fest zuzuweisen, stellt der Staat ein gewisses Budget zur vergleichsweise freien Verfügung. Im Rahmen der sogenannten Globalhaushalte entscheiden nicht mehr die faktischen Ausgaben über die Höhe der Mittel, sondern die „Leistung“, d.h. der Output des Wissenschaftsbetriebs. Leistung muss wiederum vergleichbar, also messbar sein, was eine Quantifizierung notwendig macht.

Doch wie soll ein wissenschaftliches Produkt quantifiziert werden? Danach, wie oft es sich verkauft, wie häufig Wissenschaftler in einschlägigen Fachmagazinen veröffentlichen? Die Frage liefert die Antwort gleich mit: Fachbereiche, die mehr Drittmittel einwerben, leisten mehr, und sie erhalten demzufolge mehr Geld. Erfolge bei der Aquis von Drittmitteln hängen überwiegend davon ab, was gerade als *instream* der *scientific community* gilt oder was von der Wirtschaft nachgefragt wird. Eine fundamentale Kritik der Atompolitik sponsored by Siemens klingt wenig realistisch.

Und die Studenten? Rhetorisch bereits in den Rang von Kunden erhoben bzw. dazu degradiert, fehlt ihnen noch das entsprechende Bewusstsein als „Konsumenten“. Aber auch hierfür gibt es ein Zauberwort: Studiengebühren. Der studentische *homo oeconomicus* leitet seine Ansprüche auf gut ausgestattete Bibliotheken und begleitende Studienberatung durch Professoren nicht mehr von seinem Recht auf Bildung ab, sondern verlässt sich schlicht auf sein Portemonnaie. Studiengebühren kreieren ein schlichtes Anreizmodell: Studierende treibt das Bedürfnis, innerhalb kürzester Zeit eine erste Ausbildung zu absolvieren, die auf dem Arbeitsmarkt eine optimale Ausgangsbedingung für die individuelle Beschäftigungsfähigkeit ermöglicht. Für ganz Eilige sieht das Hochschulrahmengesetz (HRG) seit 1998 ein Studium light, sprich Bachelor (BA), vor.

Die Hochschule ist im ökonomischen Sinne Vertragspartner, der einen akademischen Abschluss in angemessener Zeit anbietet. Zusätzlichen Ansporn liefert der Staat, der die Höhe seiner Zuwendungen an die Hochschule von der Menge der innerhalb der Regelstudienzeit produzierten Akademiker abhängig macht. Rational sollen sich sowohl Dienstleister als auch Kunden verhalten. Sie suchen sich gegenseitig aus. Was für StudentInnen mit wenigen Einschränkungen (z.B. ZVS-Fächer, NC) schon immer möglich war, hat die Bundesregierung ebenfalls vor zwei Jahren durch die Änderung des HRG den Hochschulen ermöglicht: Sie können sich ihre Kunden selbst aussuchen. Aufnahmeprüfungen verdrängen das Abitur nicht, sondern gestalten die Selektion beim

Hochschulzugang restriktiver. Für Bultmann sind Studiengebühren deshalb ein „zentrales Kettenglied, ökonomische Selbstanpassung der Subjekte, institutionelle Modernisierung der Hochschulen und gesellschaftliche Märkte miteinander zu verkoppeln“. Kurz: Sie dienen als Steuerungsinstrument in einem marktorientierten Modell, das Autonomie auf Konsumentensouveränität beschränkt.

Im Kern geht es um eine innere Durchkapitalisierung der Hochschulen und der Subjekte selbst. Wenn von Autonomie geredet wird, ist die Freiheit des (studentischen) Marktsubjekts gemeint, sich nach Angebots- und Nachfragekriterien zu entscheiden. Der endgültige Wert einer jeden Entscheidung richtet sich nach der erwirtschafteten Rendite. Dabei kann oder muss von weiteren inhaltlichen Erwägungen wie Sinn oder Unsinn von Forschung, Erkenntnisinteresse jenseits der Verwertung usw. abgesehen werden.

Für einzelne Fachbereiche rückt mit dem neuen Steuerungsmodell die Marktgängigkeit ihrer Inhalte in den Mittelpunkt. So genannte Diskussionswissenschaften – sprich Sozial- und Geisteswissenschaften – müssen sich fragen lassen, ob sie ihren künftigen Kunden eine Dienstleistung anbieten können, die zu einer höheren Beschäftigungsfähigkeit führt. Schließlich ist für jeden Betrieb selbstverständlich, nur das zu produzieren, was sich hinterher auch verkaufen lässt. Innerhalb des Gesamtbetriebs entwickeln sich die Fachbereiche zu Profit-Centern, zu autonomen, nach betriebswirtschaftlichen Kriterien funktionierenden Einrichtungen.

Den Begriff „Bildungsökonomie“ hat Elmar Altvater vor gut dreißig Jahren als „ausgesprochen glückliche Kombination von Wörtern“ verstanden. Denn „Bildung“ verweise noch auf die humanistische Tradition der Menschenbildung, auf die Fähigkeit zur Reflexion, auf die Konstitution des autonomen bürgerlichen Individuums, während im Begriff „Ökonomie“ das Moment der Ausbildung, der Konditionierung des Individuums und vor allem das Kalkül von Kosten und Nutzen enthalten sei. „Die Bildungsökonomie“, so Altvater weiter, sei nichts anderes „als Ausdruck dafür, dass Bildung oder Ausbildung gar nicht mehr ins Belieben der Individuen gestellt sein können“. Was für Humboldt die Philosophie war, wird künftig die Betriebswirtschaftslehre sein.

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Global Sourcing statt freie Migration und Pflicht zur marktgerechten Ausbildung statt Recht auf Bildung ergänzen einander wunderbar.

*Der Text erschien zuerst in der Wochenzeitung Jungle World (15. November 2000).*

# Nervenkrankte Studenten rufen zum Umsturz auf

*Jenseits von Selbsterfahrungsgruppe und alternativer Volkshochschule?  
Eine Textcollage über das SPK*

In der Psychiatrischen Poliklinik an der Heidelberger Universität geschah 1970 Unglaubliches: Patienten weigerten sich einfach, ihren Einweisungen in das Psychiatrische Landeskrankenhaus nachzukommen, agitierten sich und andere Patienten, organisierten eine Vollversammlung und stellten den Klinikbetrieb auf den Kopf. Und sie stellten Forderungen: Rücktritt der Klinikleitung, die Rücknahme der Kündigung von Ärzten wegen politischer Agitation, letztlich die Selbstverwaltung der Klinik durch die Patienten!

Für die Mehrzahl der Ärzte wurde die Ordnung der Welt auf den Kopf gestellt. Einer ihrer Kollegen, ein gewisser Dr. Huber, hatte in seinen Therapiegruppen begonnen, die Patienten politisch zu agitieren – mit Erfolg. Wegen seiner Weigerung, einem Aufnahmestopp für Patienten zuzustimmen, wurde der Arzt entlassen, die Leitung der Psychiatrie warf ihm „Ablehnung der Zusammenarbeit“ und „politisch-ideologische Agitation bei Gruppentherapie“ vor. Daraufhin solidarisierten sich Patienten mit Dr. Huber, 20 von ihnen besetzten das Direktorat und einige traten in Hungerstreik. Dadurch konnten sie die Überlassung von Räumlichkeiten für ihre weitere Therapie erreichen. Im Laufe dieser Auseinandersetzung formierte sich das Sozialistische Patientenkollektiv (SPK).

Natürlich wurden sie von Anfang an von der Universitätsverwaltung, der Presse und der Landesregierung angefeindet. Denn die Überlassung von Räumen führte nicht zu einer Befriedung und dem Versanden ihrer politischer Aktivität. Durch die „therapeutische“ Praxis sollte die Aufhebung der Rollenverteilung Arzt/Patient erreicht werden. Eine individuelle „Heilung“ strebten sie nicht an, denn Thera-

pie konnte für sie nur die Revolution sein: „Das System hat uns krank gemacht, geben wir dem kranken System den Todesstoß!“ Das SPK stellte weitergehende Forderungen und beteiligte sich am linken Leben an der und um die Universität (und machte sich durch seine kompromißlose Haltung dort einige Feinde). Andererseits wurde das Kollektiv zum Anziehungspunkt für Kranke und Linke (und für kranke Linke) aus ganz Deutschland. Das Kollektiv arbeitete bis zur Zerschlagung in schwierigen Verhältnissen: ständig drohende Räumung, Polizeischikanen, Pressehetze, kaum Solidarität. Verständlich, daß die Sozialistischen Patienten von einer „Vernichtungsstrategie“ gegen sie sprachen. Paranoia? Immerhin führten sie einen Kleinkrieg, sie erlebten Repression ohne den heute üblichen Feierabend nach der politischen Arbeit.

In der Silvesternacht 1971 wurde ein Brandanschlag auf die Psychiatrische Landesklinik in Wiesloch verübt. Nach einer Schießerei mit Polizisten im Juli 1971 in Wiesloch, die für die Polizei in personellem Zusammenhang mit dem Kollektiv stand, wurde das SPK mit einem gewaltigen Polizeieinsatz aufgelöst. Von Staatsanwaltschaft und Presse wurden auch organisatorische Verbindungen mit der RAF behauptet. 310 Polizisten sind also am 21. Juli im Einsatz, um die „verführten Kranken, die eine fachgerechte Behandlung brauchen“ (so der damalige baden-württembergische Innenminister) von den politischen Agitatoren zu trennen. Elf Personen, die angeblich dem „inneren Kreis“ des Kollektivs angehören, werden verhaftet, darunter Herr und Frau Dr. Huber. Der „Rädelsführer“ verschwindet im Knast bis 1976. Das SPK bestand zu diesem Zeitpunkt aus 500 Personen, die Hälfte davon Studenten.

„Und so ist die erste Politisierungsphase bei mir ganz wesentlich geprägt von der Auseinandersetzung zwischen dem gerade entstehenden Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) und dem Sozialistischen Patientenkollektiv in Heidelberg. Wir sagten: Das subjektive Elend in dieser Gesellschaft, Krankheit, ist Protest des Organismus gegen krankmachende Verhältnisse, indes in gefesselter, selbstzerstörerischer Form. Dieser Protest muß entfesselt, freigesetzt werden, um ihn gegen die äußeren Verhältnisse zu richten, statt gegen die inneren. Ausgangspunkt kann nicht sein, für andere etwas zu tun, an ihrer statt zu handeln und zu denken, sie zum Objekt zu machen, ihnen mittels politischer und moralischer Imperative oder durch Ausschlußdrohungen ‚das Richtige‘ aufzudrücken – denn das nimmt ihnen die Möglichkeit,

eine große Übereinstimmung in den Zielen und Methoden beider zeigen soll. Diese Elemente waren eben Ende der 60er Jahre ziemlich angesagt und wurden von zahlreichen Gruppen und Initiativen verbreitet, das entscheidende am Patientenkollektiv war aber seine Auffassung von Krankheit und daraus resultierender Praxis.

Das SPK begriff Krankheit als die „Einheit von Protest und der Hemmung von Protest“ (Aus der Krankheit eine Waffe machen). Subjektiv wird sie vom Individuum als Leiden empfunden, in Wirklichkeit existiert im Verwertungsprozeß nichts anderes Menschliches mehr; Krankheit ist das Unintegrierte, die Reibung in der Verwertungsmaschine. Gleichzeitig ist Krankheit Voraussetzung und Resultat der kapitalistischen Produktion, der Begriff entspricht un-



die sinnliche Erfahrung zu machen, es auch selbst zu können. Ausgangspunkt war der und die Einzelnen, wie sie waren, und nicht, wie sie gefälligst zu sein hatten. Solidarität heißt, einander zu helfen, von sich selbst etwas zu verlangen, aus eigener Kraft, aus eigenem Verstand initiativ werden zu können.“ (Lutz Tauber)

Die Theorie des SPK war eine Zusammenstellung der verschiedensten Elemente: ein kräftiger Rückgriff auf die Kritische Theorie, Marx neu interpretiert, ein paar Spritzer Freud, ein bißchen Wilhelm Reich, aber auch antiimperialistische Versatzstücke und maoistische Rhetorik. Die Agitationsschrift „Aus der Krankheit eine Waffe machen“ von 1972 schließt mit einem Vergleich zwischen Vietkong und SPK, der

gefähr der Entfremdung. Diese dialektische Auffassung der Krankheit verliert sich leider im Laufe der Zeit und auf dem Weg zur Nachfolgeorganisation, der Patientenfront.

Ich denke, diese Sichtweise von Krankheit enthält schon ein entscheidendes Problem, denn Krankheit ist dann nicht nur der Hauptwiderspruch im Kapitalismus, sondern beinahe alles: Voraussetzung und Resultat der kapitalistischen Produktion, sowohl die reaktionäre (individualistische) als auch die potentiell progressive (kollektive) Reaktion auf sie, schließlich noch der einzige „revolutionäre Gebrauchswert“. Wenn nicht geklärt wird, auf welchen Aspekt sich das Wort Krankheit gerade bezieht, entstehen Aussagen, die alles bedeuten können – nach Belieben.

Das SPK über gesunde Sozialisten: „Charakteristisch für das Verhalten und die Argumentation einer Vielzahl von Leuten (insbesondere Studenten), die sich Sozialisten nennen, ist ihre Einstellung zu Krankheit. Sie sehen Krankheit isoliert, negativ, ausschließlich als Hemmung. Krankheit ist für sie Teil der ‚Privatsphäre‘, ein Problem, mit dem jeder selber fertig werden muß und auf keinen Fall die politische Arbeit ‚stören‘ darf. Sich als ‚gesunden‘ Sozialisten in dieser Gesellschaft zu bezeichnen, impliziert bereits tendenziell ein systemimmanentes Elitebewußtsein.“

Konsequenzen des ‚gesunden‘ Elitebewußtseins sind: 1. Künstliche Aufspaltung des eigenen Lebens in Privatsphäre und politische Arbeit. Dadurch wird die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse induzierte (hervorgerufene) Trennung von Beruf und Privatleben reproduziert und die politische Arbeit bleibt entfremdete Arbeit. 2. Trennung von Avantgarde und Masse.“

**F**ür das SPK waren Kranke „revolutionäre Klasse an sich“. Weil es aber Gesundheit nicht gibt („ein biologistisch-faschistoides Hirnspinn“, aus: Krankheit – Die Ganzheit mit Zukunft), sondern nur verschiedene Formen, mit der Krankheit umzugehen, sind alle Menschen potentiell revolutionär. Darüber läßt sich lang und unergiebig streiten, jedenfalls wird hier die humanistische Kritik der Entfremdung aus den Frühschriften von Marx aktualisiert. Die Widersprüche der Krankheit zu entfalten, bedeutet, sie zur Waffe gegen die Verhältnisse zu machen. Im Kollektiv wird sie von ihrem reaktionären Element befreit, es kommt zur Konfrontation mit dem Staat – so in der Theorie, so in der Praxis. Aber die Eskalation führte aus zahlreichen Gründen und im Gegensatz zum revolutionären Optimismus des SPK nicht zum Anwachsen oder einer Radikalisierung, sondern zur Zerschlagung des Kollektivs.

Trotz aller Kritik an Avantgarde-Konzepten: die Tatsache, daß Menschen bereit sind, ihr Leben kämpfend zu riskieren, denunziert die Verhältnisse. Für die Gesunden gelten sie als wahnsinnig, aber sicher können sie sich nicht sein – wer ist denn wirklich verrückt? Die wirklich Kompromißlosen werden selektiert und umgebracht oder weggeschlossen, sie dienen noch als Exempel, als mahnendes Beispiel. Wer ist noch da, wenn es ernst wird? Auf wen soll sich das Kollektiv beziehen? Auf die Kranken – das sind doch alle. Auf die Linke, diesen randlosen Tümpel? Allem Anschein nach werden die es nicht sein, die zuerst rebellieren.

„Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der

Erzieher selbst erzogen werden muß.“ (Marx)

Was läßt sich also heute mit der Erfahrung des Heidelberger SPK anfangen? Wie wir aus Krankheit eine Waffe machen, also Entfremdung in kollektiven Widerstand verwandeln können, läßt sich aus der Theorie des SPK wohl nicht konstruieren. Aus der Praxis? Es war (immerhin) ein Beispiel für eine aus heutiger Perspektive fremd anmutende politische Subjektivität, der beeindruckende Versuch, das eigene Leiden an den Verhältnissen gemeinsam zu bekämpfen, anstatt wechselnde revolutionäre Subjekte anzubeten. Das SPK steht über der schlechten Alternative von narzistischen Selbsterfahrungsgruppen und privatistischem Gejammer einerseits und revolutionären Missionaren, die nur das Beste für alle wollen, andererseits. Politik ohne Subjektivität führt zu einer Veranstaltungskultur, einer alternativen Volkshochschule, in der alle dozieren wollen, aber niemand bereit ist, praktisch etwas zu riskieren.

Damit in engem Zusammenhang steht die Auffassung von Theoriebildung überhaupt. In dem Buch „Aus der Krankheit eine Waffe machen“ steht über jedem Kapitel der Satz „Dieser Text ist erst ein Anfang...“. Die Verfasser der Texte wollten eine Vermittlung von Theorie und Praxis, erst die (revolutionäre) Aktion macht die Theorie wahr, und in der Praxis wird die Theorie aufgehoben, also auch zerstört. Es geht hier nicht um das Herausfinden fertiger Weisheiten, die als politische Gebrauchsanweisung dienen können, sondern die Theorie spiegelt den Stand einer Auseinandersetzung. Das folgende Zitat wäre ein schönes Motto für zukünftige Texte.

„Agitationsschrift – Konsumobjekt oder Produktionsmittel? Falls sich dieser Text als völlig unverdaulich, nicht konsumierbar erweist, so kann die Folgerung aus dieser Erfahrung nur sein, daß man ihn *negiert*, ihn in der Praxis dialektisch aufhebt!“

Die Frage, wer krank ist, läßt sich ganz einfach beantworten: krank ist, wer eine Krankschreibung vom Arzt ausgestellt bekommt. Dieses Kriterium ist eindeutig, weil es zwischen arbeitsfähig und nicht arbeitsfähig kein Drittes gibt, nur ein Entweder – Oder. Der staatlich finanzierte Gesundheitssektor dient der Reproduktion der Arbeitskraft. Vielleicht weil das tatsächlich allen bewußt ist, gibt es in Deutschland massiven Widerstand gegen den Abbau von Gesundheitsversorgung und gegen höhere Zuzahlungen für Medikamente: Wenn ich schon als Werkzeug eingesetzt werde, dann sollen die wenigstens die Reparatur bezahlen.

Influenzo

### Rage

Imprisoned in memory  
of the whip's sting,  
tear in the flesh

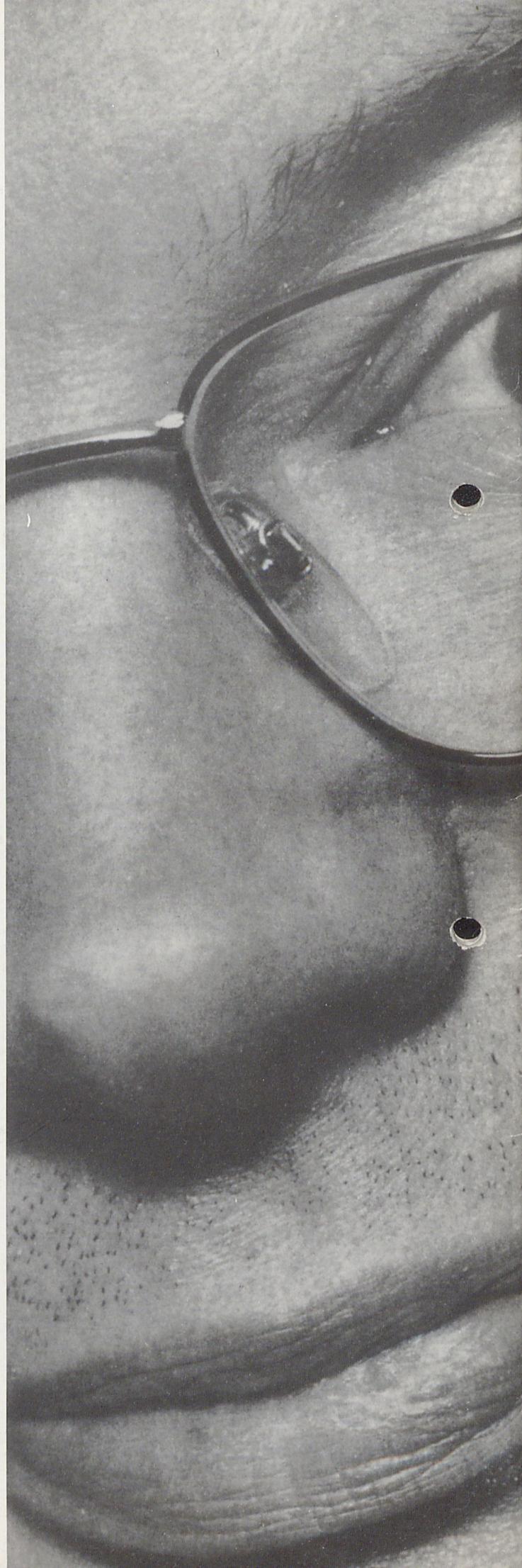
and the fire burning within,  
his eyes sing pain silently:  
twin daggers piercing flesh.

His hatred created swift and sweetly,  
he waits with rage  
clenched tightly in a fist.

Soon some white one will stroll by,  
and strike he will to smash  
the prison wall of his passion  
and let his stifled rage run free.

Linton Kwesi Johnson





ausgekocht